

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 11. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Verlängerung der Ratstagung.

Die schwierigsten Fragen noch unerledigt. - Keine Fortschritte in der Saarfrage.

V. Sch. Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung des Rates wird bis einschließlich Sonnabend dauern...

Singegen steht

die Saarfrage zurzeit ausgesprochen schlecht.

Nicht nur, daß man heute keine Fortschritte erzielt hat, sondern es ist gegenüber dem gestrigen Tage eher ein Rückschritt eingetreten.

Die Person Lamberts eine Preisfrage zwischen Briand und Stresemann zu werden.

Jeder der beiden Minister scheint zu befürchten, daß die Nationalisten in seinem Lande jede Nachgiebigkeit im Falle Lambert als eine politische Niederlage auffassen werden.

Während nun fruchtlos über den Herrn Lambert hin und her geraten wird, werden die sachlichen Punkte vernachlässigt, wo man verschiedenes, namentlich eine nicht unwesentliche Herabsetzung der Zahl des Eisenbahnkorps erreichen könnte.

Mieterhöhung am 1. April.

Der Reichsrat stimmt zu. - 10 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete. Am 1. Oktober nochmals 10 Prozent!

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Vollversammlung ab. Von der Tagesordnung abgesehen wurde der Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung...

vom 1. April 1927 ab 10 Proz. und vom 1. Oktober 1927 ab weitere 10 Proz. zur Friedensmiete hinzugeschlagen werden sollen.

Ist dem Reichsrat zur Genehmigung zugegangen. Ueber die Verwendung des Mehrertrages ist in der Verordnung nichts enthalten.

Genehmigung der Verordnung mit 47 gegen 19 Stimmen. Gegen die Verordnung stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pom-

in der vollen vorgesehenen Höhe von 800 Mann errichtet wird. Ebenfalls wäre etwas an der Zusammensetzung der Regierungskommission zu ändern.

alle fünf Mitglieder wiedergewählt.

werden einschließlich des Kanablers Stephens, für den die Engländer noch keinen Ersatz austreiben konnten; sie wollen sich nun bemühen, einen dritten ausfindig zu machen...

Die Verhandlungen mit Polen.

V. Sch. Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Für heute nachmittag war eine neue Zusammenkunft Stresemann-Zaleski vorgesehen, die aber wegen beiderseitiger Verhinderung abgelehnt und auf morgen verschoben werden mußte.

beide Parteien über die Notwendigkeit der Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen einig.

Darüber hinaus hat aber die deutsche Vertretung nachdrücklich betont, daß eine erzwungene Arbeit kaum zu erwarten ist, wenn das Damoklesschwert der ostoberschlesischen Ausweisungen über den deutsch-polnischen Beziehungen dauernd schwebt.

Pilsudski scheint vernünftigen Erwägungen in der Niederlassungsfrage durchaus zugänglich zu sein.

Er allein kann den rabiaten Kattowitzer Bojmoden Grazynski, einen Vertrauensmann der 'Aufständischen', zurückrufen. Wenn aber die Atmosphäre in Berlin und Warschau systematisch von den Interessenten des Völkervertrages weiter vergiftet wird...

Unter den Vertretern der preussischen Provinzen, die gegen die Verordnung stimmten, waren fünf deutschnationale Provinzialvertreter. Herr v. Reudell war ob dieser Haltung seiner Parteifreunde sehr betroffen.

Für den Matkoff-Fonds zur Unterstützung der verfolgten Arbeiterbewegung Italiens sind bis jetzt von den Genossen in Holland 12.000 und in Deutschösterreich über 20.000 Schweizer Franken gesammelt worden.

Der britische Markknotenanschlag für das kommende Finanzjahr beträgt 58 Millionen Pfund Sterling, was eine Verminderung um 100.000 Pfund Sterling bedeutet, der Personalbestand 102.275 Mann, um 400 Mann herabgesetzt.

Der dritte Betrug.

Hergts Aufwertungsversprechung und ihre Erfüllung.

Von Wilhelm Keil.

Sowohl die wiederholte Verschiebung der Aufwertungsdebatte im Rechtsausschuß des Reichstags, als auch der Inhalt der Regierungserklärung, die Justizminister Hergt am Donnerstags abgeben hat, wird in den Kreisen der vorannten Sparrer aufs neue schwere Enttäuschung hervorrufen.

Die Regierung des Bürgerblocks will, das ist das Entscheidende an dieser Erklärung, an den Grundzügen der Aufwertungs-gesetzgebung nicht rütteln lassen.

einige Vorschläge machen, die gestützt auf die Erfahrungen bei der praktischen Anwendung des Gesetzes, dazu bestimmt sind, gewisse Zweifelsfragen von erheblicher Tragweite zu klären.

Schon aus dieser Umschreibung des Inhalts des angekündigten Gesetzentwurfs ergibt sich, wie wenig die Gläubiger von ihm zu erwarten haben. Die wesentlichsten Abänderungsvorschläge, die Hergt einzeln heroorhob, bestätigen diesen Eindruck.

Das ist alles. Nicht einmal den Vorschlag der Juristischen Arbeitsgemeinschaft für Befreiungsfragen scheint sich die Regierung zu eigen zu machen, daß auch vor dem 15. Juni 1922 vorbehaltlos angenommene Rückzahlungen der Aufwertung wenigstens dann unterliegen sollen, wenn der gezahlte Goldmarkbetrag einen bestimmten Mindestprozentsatz der Forderung nicht erreicht.

Für die Gläubiger im Deutschen Reich wird es von besonderem Interesse sein, daß gerade Hergt es war, der diese Regierungskundgebung vertrat. Als er noch in der Opposition war, wollte er binnen 24 Stunden einen fertigen Aufwertungs-gesetzentwurf vorlegen, wenn er in die Regierung käme.

Zwischenhinein wird dann die Regierung auch den neuen Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens ablehnen, obgleich das ein ebenso scharfer Verstoß gegen die Reichsverfassung sein wird wie die Ablehnung des ersten Antrages durch das Kabinett Marx-Külz-Curtius.

Die Sparrer aber mögen sich ihre Gedanken über folgende Tatsachen machen: Bis zum Beginn des Jahres 1925 waren die Deutschnationalen in der Opposition und machten ihre grenzenlosen Aufwertungsversprechungen. Vom Januar bis Oktober 1925 waren sie führende Regierungspartei. In dieser Zeit kam das ungeheuerliche Aufwertungsrecht zustande. Vom Oktober 1925 bis Januar 1927 waren sie wieder in der Opposition. In dieser Zeit erweckten sie mit allerhand Palliativanträgen den Schein, als ob sie nachträglich Verbesserungen an ihrem

Wert vornehmen wollten. Seit zwei Monaten sind sie wieder maßgebende Regierungspartei. Nun enttäuschen sie die Gläubiger und Spärer zum dritten und hoffentlich letzten Male.

Ein reaktionär-politischer Vorgang.

Verhandlungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion hat gestern nachmittag wieder über die Möglichkeiten und Bedingungen einer Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei beraten. Die Verhandlungen sollen noch weit vom Abschluß entfernt sein.

Die Bayerische Volkspartei will ein Großzentrum als geschlossene katholische Weltanschauungspartei, in der alle politischen Fragen, auch das Verhältnis zur Staatsform, als Fragen zweiten Ranges betrachtet werden sollen. Diese Zielsetzung richtet sich ausgesprochen gegen das grundsätzliche Bekenntnis zur Republik, also gegen das linke Zentrum.

Auf diese Bestrebungen antwortet der „Reichsdienst der deutschen Presse“, der dem Zentrum nahesteht:

„Der Umstand, daß die weltanschaulichen Verschiedenheiten im deutschen Volke zu parteimäßigen Abgeschlossenheiten geführt haben, ein Vorgang, der im alten Obrigkeitstaate eine gewisse Berechtigung hatte, wenn er auch unheilvoll gewirkt hat, ist es doch gerade schuld, daß nicht nur die politische Erziehung unseres Volkes so furchtbar schwierig ist, sondern daß auch ein klares Volksgemeinschaftsgefühl, das Bewußtsein einer inneren nationalen Verbundenheit in unserem Volke nur mühsam aufzukeimen will. In den Zusammenschlußbemühungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei liegt ein reaktionär-politischer Vorgang; sie werden auch wohl erfolglos bleiben. Man muß ihre Erfolglosigkeit sogar wünschen, damit die kulturpolitischen Gegensätze nicht wieder ihre alte scharfe volksaufwühlende Form annehmen.“

Die Kennzeichnung ist scharf, aber richtig. Die Kräfte, die von Bayern aus zur Wiedervereinigung beider Parteien in einem Großzentrum drängen, wollen bewußt die Entwicklung des Zentrums zum grundsätzlichen Bekenntnis zur demokratischen Republik rückwärts drehen.

Sachsen fordert den Achtstundentag.

Beschlüsse des Sächsischen Landtags.

Dresden, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Sitzung des Sächsischen Landtags lag ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens angehörenden Arbeitsminister Eisner vor. Die Kommunisten begründeten den Mißtrauensantrag mit der Behauptung, daß der Arbeitsminister Eisner für die Arbeiterchaft nichts übrig habe, außerdem werfe sie ihm Korruption vor, weil er eine Hypothek von der Invalidenversicherungskasse für sein Haus bekommen habe. Darauf erwiderte der Minister, daß er die Hypothek unter denselben Bedingungen bekommen habe, wie sie sonst gewährt würden.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß seine Fraktion für das Mißtrauensvotum stimmen würde, nicht um der Person des Arbeitsministers willen, sondern als Ausdruck des Mißtrauens gegen die Gesamtregierung. Das Mißtrauensvotum wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abgelehnt wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, der forderte, daß die Regierung beim Reich die Überberufung des Landesschlichters Oberregierungsrat Brand verlange und dafür Sorge, daß Ministerkabinett und Regierungsrat Panofka nicht mehr zu Vertretern des Schlichters herangezogen werden. Die Schiedsprüche des Schlichters Brand und seiner Vertreter hätten vielfach das Mißfallen der Arbeiterchaft erregt, so besonders der Schiedspruch Brands, den er

bei dem letzten Konflikt der Leipziger Metallarbeiter über die Länge der Arbeitszeit gefällt hatte.

Angenommen wurde dann ferner ein Antrag mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten und der Alten Sozialdemokratischen Partei, daß der Achtstundentag durch Reichsgesetz festgelegt werden solle, ferner ein Antrag, der forderte, daß ohne Rücksicht der Gewerkschaften Ueberstunden nicht mehr zulässig sein sollen, und dann wurde mit überwiegender Mehrheit ein Antrag angenommen, der forderte, daß Ueberstunden überhaupt nicht genehmigt werden sollen, wenn freie Arbeitskräfte und freie Arbeitsplätze vorhanden sind. Außerdem wurde ein weiterer Antrag angenommen, der verlangt, daß in sämtlichen Staatsbetrieben die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht übersteigt.

Bürgerblock und Invalidenversicherung.

Auflösung des Unterausschusses wegen Verhandlungsabotage.

Im sozialen Ausschuß des Reichstags erhob die Genossin Luffe Schroeder zu Beginn der Verhandlungen scharfen Protest gegen die Haltung der Regierungsparteien zur Invalidenversicherung. Der eingesezte Unterausschuß konnte in 16 Tagen zu keiner Verhandlung gelangen, da die Regierungsparteien teils nicht erschienen waren oder sich jeder Beteiligung an der Debatte enthielten. Es wurde immer offensichtlich, daß die Regierungsparteien in direkter Verhandlung mit dem Reichsarbeitsministerium eine Vorlage zustande bringen und dann die Oppositionsparteien im Unterausschuß vor eine vollendete Tatsache stellen wollen. Die Sozialdemokratie mußte es absehen, sich dieses Spiel länger gefallen zu lassen. Sie beantragte deshalb die Auflösung des Unterausschusses und die beschleunigte Erledigung der Invalidenversicherung im Vollauschuß. Abg. Andree (Z.) suchte das Fernbleiben seiner Fraktionskollegen vom Unterausschuß zu entschuldigen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums setzte sich für die Beibehaltung des Unterausschusses ein.

Dennoch mußte die Auflösung des Unterausschusses erfolgen. Die Invalidenversicherung kommt nunmehr in der Vollauschusssitzung am Sonnabend zur Verhandlung.

In der Weiterberatung der Arbeitslosenversicherung begründete Richter (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 55. Nach dieser Vorlage soll als nicht arbeitslos gelten ein Versicherter, solange er den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirbt oder erwerben kann. Der sozialdemokratische Redner wies darauf hin, daß auf diese Weise auch in der Arbeitslosenversicherung die Bedürftigkeitsprüfung auf Umwegen wieder eingeführt werden soll. Nach mehrstündiger Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und der gesamte Paragraph gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Finanzausgleich.

Schwacher der Regierungsparteien untereinander. Bayern will subventioniert werden.

Die Verhandlungen der Regierungsparteien untereinander über den Finanzausgleich sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wurde noch keine Verständigung über die Befristung des provisorischen Finanzausgleichs erzielt.

Die Bayerische Volkspartei verlangt, daß für die Ueberweisungen des Reichs aus Einkommensteuer an die Länder nicht das tatsächliche Steueraufkommen der Länder, sondern die Einwohnerzahl zugrunde gelegt werden soll. Das würde in der Praxis bedeuten, daß die industriellen Länder dem bayerischen Partikularismus und seiner Verwaltungsmißwirtschaft Klümmen zahlen sollten!

Es heißt, daß das Reichsfinanzministerium dieser bayerischen Forderung sehr weit entgegenkommen wolle.

Sowjetkuriere in China erschossen?

England interveniert nicht für Frau Borodin.

Paris, 10. März. (TL.) Wie aus Peking gemeldet wird, wurden die zusammen mit Frau Borodin an Bord eines Dampfers verhafteten drei Sowjetkuriere in Nanking erschossen. Man glaubt zu wissen, daß Frau Borodin immer noch gefangengehalten wird.

Shanghai, 10. März. (Reuter.) Es ist richtig, daß die britischen Behörden gebeten worden sind, in der Angelegenheit der Frau Borodin zu vermitteln. Sie können aber nichts unternehmen, da die Sache ausschließlich die Sowjetregierung und Tschangschungshang angeht.

Wenn man die britischen Behörden um Vermittlung gebeten hat, so jedenfalls deswegen, weil man ihnen zutraut, bei den Machthabern in Nordchina, in deren Gewalt Frau Borodin ist, mehr auszurichten als die Sowjetmission. Wo bleibt bei dieser britischen Absehung der Rettung einer Frau die sonst doch wohl gepredigte Solidarität der weißen Rassen und das Gentlemenut?

Spaltung der Kantoner?

Shanghai, 10. März. (Agentur Indo-Pacifique.) Die Meinungsverschiedenheiten in der Kantondepartei zwischen den Gemäßigten und den Extremisten scheinen sich zu verschärfen. Tschangschungshang (Gemäßigte Gruppe) behalte sein Hauptquartier in Hantschang, während die Extremisten (Gruppe Borodin und Tschien) sich in Hankau eingerichtet hätten.

Die Gefangennahme der Frau Borodin.

Shanghai, 10. März. (Reuter.) Der Generalkonsul der Sowjetunion, der am 8. März nach Nanking gefahren war, um die Freilassung von Frau Borodin und ihren russischen Mitreisenden zu erwirken, telegraphierte, Tschangschungshang habe mitgeteilt, die Angelegenheit werde in Peking geregelt werden. Der Generalkonsul fügte hinzu, nachdem die Sowjetkuriere an Bord des beschlagnahmten russischen Schiffes, auf dem sich Frau Borodin befand, niedergelassen worden sei, habe man dem Schiff einen chinesischen Namen gegeben und es mit drei Geschützen besetzt. Bei der Durchsuchung des Schiffes habe sich nichts Rennenswertes ergeben.

Der Putsch des Unzurechnungsfähigen.

Freipruch des alkoholbegeisterten Leutnants aus Lettland

Riga, 9. März. (DE.) Der sogenannte Putsch von Wolmar in Lettland, der darin bestand, daß ein Leutnant namens Olin in der Nacht seine Truppe alarmierte und einige Regierungsgebäude besetzte, worauf durch seine Verhaftung der „Aktion“ ein Ende gemacht wurde, hat nun mit einem Nachspiel vor dem Kriegsgericht ein lang- und klangloses Ende gefunden. Der Leutnant Olin wurde nämlich als unzurechnungsfähiger Alkoholiker freigesprochen und zugleich seine Unterbringung in einer Irrenheilanstalt verfügt. Seinerzeit hatte das unzulässige Unternehmen dieses Offiziers nicht nur in Lettland, sondern auch im Ausland großes Aufsehen gemacht. Die Moskauer Sowjetpresse jagte bereits einen schicksalhaften Umsturz in Lettland voraus und glaubte an eine weltweite Organisation mit genau ausgearbeiteten Plänen. Nunmehr ist festgestellt worden, daß es sich nur um einen in der Trunkenheit verbliebenen Erzeh eines nerventrunkenen Offiziers gehandelt hat, der seine Kommandogewalt mißbrauchte.

Nach ein Vertrauensvotum. Im litauischen Sejm erklärte man zur Annahme der Mißtrauensanträge gegen die Putschregierung Wolmaras mindestens 43 Stimmen (Zweidrittelmehrheit) für erforderlich. Die Vertreter der Widerheitsvölker enthielten sich der Stimme und ermöglichten so die Ablehnung der Mißtrauensanträge, die 36 Stimmen der Linken erhielten, also die einfache Mehrheit. Großes Aufsehen hat die Protestschrift des Rektors und mehrerer Professoren der Universität Kowno an Wolmaras gegen die Mißherrschafft und ihre schlimmen Folgen gemacht.

Wermutstropfen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Ich habe einige Tropfen Wermut in den süßen Reiz der Begeisterung zu schütten und habe einige Bitterkeit zu verschlucken. Bruno Kitzel wurde hier nach Recht und Gerechtigkeit geprüfelt. 25 Jahre harte Arbeit als Führer einer 400köpfigen Masse — allen Respekt vor solcher Arbeit. Aber wie es oft zu gehen pflegt: will man zeigen, wie gut man radfahren kann, so plumpst man in den Chausseegraben, und an der bestgeübten Stelle eines Klavierstückes bleibt man stecken. So bei der Missa solemnis. Mehrfach hat sie Mittel mit Schwung und Kraft dirigiert. Diesmal versagte er. Vielleicht ist er schon geworden durch allzu viel Ehrung, vielleicht war die Hand nervös. Jedenfalls hegte er sehr, zwang dem herrlichen Material seines Chores ungewöhnliches an Dynamik und Tempo auf, feuerte die Orchesterleute nicht an. Aber es wäre noch alles gegangen, wenn nicht das Quartett der Solisten unerträglich gefundelt hätte. Nur der Bassist Fitch er hielt ganz durch. Was aber Alt und Tenor als Mittelstimmen verpackten, das war denn doch selbst außerhalb der Beethovenschen Sublimationskonzerte eine Profanation.

Stimmen von in- und auswärts mahnen, die totgeschwiegenen Solisten der H-Roll-Messe (unter Ochs) zu nennen. Wenn in einem solchen Konzert von hymnischer Wucht Solisten nicht genannt werden, so haben sie zum mindesten nicht gestört (was viel ist). Diese aber erhöhten den Eindruck (was mehr ist). Ich höre also noch: die stilistische Durchsichtigkeit bei Georg Waller, die Klangschönheit bei Gotte Leonhard, die tiefste Empfindung bei Paula Lindberg.

Wer hat, angesichts der Bachschen Passionen, noch den Mut, eine Messe zu schreiben? Kurt Thomas wagte es. Sein erstes Werk, das wir vor Jahresfrist hier hörten, war bereits eine Erfüllung. Dieses hier, die Markus-Passion, ist wieder stärkste Hoffnung. Da kommt ein 25jähriger, gesättigt mit dem Erlebnis Bach und schreibt ein höchst bewunderliches, herrlich gelungenes Stück. Jede Nummer ist geladen mit Ausdruck, und jede treibt die andere logisch vor. Spielereien und Wichtigtuereien laufen unter, stille Empfindungen unterbrechen den dramatisch gespannten Verlauf. Der Kontrapunkt dieses jungen Meisters hat Wucht und hat den heutigen Geist, ohne dem Passionsstil etwas Böses anzutun. Das klingt in Knaben- und Männerstimmen alles herrlich. Nur muß man sich daran gewöhnen, daß eine ganze lange Leidensgeschichte von einem Chor erzählt wird, ohne Solisten, ohne Rezitativ, und auch der Mangel an Herbität, an Männlichkeit fällt auf. Klang wird aus den Stimmen herausgestrichelt, daß es eine Freude, daß es eine allzu große Freude an Melodie wird. Der Kontrast zu Thomas: ein Psalmchor von Hans Gál. Man merkt ihm die Kompflichkeit in jedem Takt an, man fühlt die strenge, die gekonnte Arbeit, man hört die Feder über Papier laufen, bestaunt die Fertigkeit eines modernen Russlers, auch den Stimmen boshafte Anomalität zuzutrauen, und ist verstimmt über jeden Mangel an Herz, an quellendem Longesit. Wie viel Mühe ist hier unnütz verort! Wieviel Chöre aber können solche Papiermusik singen? Der Riedelsche Chor leistete Meisterhaftes.

Bei Bruno Waller sind wir wieder in der Lieblichkeit aller

Klänge gehorchen. Kein Wermutstropfen, nichts als Süße und Gefallen. Adolf Busch ist der großartige Solist des Abends. Wie kann er singen auf seiner Geige, wie kann er spielen mit dem Spiel, wenn er die ungarischen Lüne im III. Satz des Brahmschen Konzerts rasen läßt, wenn er den Schluß des Allegros zu einem fantastischen Andante umformt! Der Mann, der Regischer Herbst dient, erndet uns ein fräuliches Gemüt. Doch der finstliche Klang des Instruments, dem Walter zartest folgt, überumpelt, bedrückt uns, auch wenn die Interpretation nur dem halben Brahms gerecht wird.

Auch wenn vor der absoluten Reinheit und Erhabenheit ein Spiel Beethovenischer Sonaten, so wie es bei Schnabel sich vollendet, feiner der Pianisten Deutschlands besteht: auch dann bleibt die Gediegenheit und Sachlichkeit eines Kurt Schuberz zu rühmen. Nicht aber die Reüternheit einer Charlotte von Récsen, die vor der Zeit in die Höhe gelobt und mit Trompetenstößen in die rauhe Luft des Konzertierens begleitet wird. Wer gab ihr die Bach-Busonische Chaconne in die allzu zarten Finger? Entgleisung über Entgleisung. Aber in einer Schuberschen Sonate konnte sie doch zeigen, daß ihre Fingertechnik lebendig wird, daß sie aus dem Konservatoriumsspiel mit Talent herausstrebt.

Ueber das „Frühlings-Mysterium“ von Schönland ist hier schon berichtet worden. Die Sehnsucht nach einem „dramatischen Chorwerk“, färgler gelag: weillischen „Oratorium“, ist groß, besonders groß, wenn Arbeiter das Publikum sind. Das Arbeiter-Kultur-Karriell hat mit dem genannten Werk ein notwendiges Experiment gemacht, notwendig auch dann, wenn eine programmatische Freiheitstheorie zu stark oder zu schwächlich durchklingt, wenn Realismus sich mit romantischer Gefühlswelt nicht mischt, wenn die Haltestellen in dem bewegenden Apparat des Tempo hemmen und die Orgelrhythmen das Drama zerprengen. Ich glaube, in dem gut gewollten Oratorium stecken alle Qualitäten eines Volksstückes und alle Fehler, die ein arbeitendes Publikum abschrecken könnten. Aber der stilistische, der Formversuch sei gelobt. Die Rufft Liefens ist von zweiter Hand. Von den schon bekannten und eigentümlich durcheinandergeplacierten Kinderchören abgesehen — man hört ordentlich die Maschine der Regie knarren —, sind die verbindenden Orchesterstimmen stimmungsvolles Beiwerk, sonst oder ernst oder grauam, aber mehr spielerisch geschickt, als Berleufungen festlicher Handlung. Ganz anders wirkt die „Ouverture zu einem Revolutionsdrama“ desselben Tiefen. Bohnke und das Sinfonieorchester führten das kurze Stück noch ungeklärt in einer Generalprobe vor. Wenn man von einem langsamem, in den Linien und Farben nicht recht verständlichen Mittelteil abläßt, hat die Ouverture musikalisch alle Reize einer vorwärtspeitschenden Rhythmit, eines zogen Anfangens und kraftvollen Rebellierens, selber ein kleines Drama, das aus einzelnen die Masse zusammenströmen und segen läßt. Ich glaube, diese Ouverture ist bei der Primitivität ihrer Themen und dem großen Ernst, der sie durchzieht, ein Stück zur Einleitung proletarischer Feiertunden.

Die Einrichtung des Moskauer Lenin-Instituts. Ein großes prächtiges Gebäude, das von einem aus Glas und Stahl errichteten 14stöckigen Turm getront ist, birgt das Lenin-Institut, das vor kurzem in Moskau eingeweiht wurde. Das Gebäude besteht nach einem Bericht des Buchhändler-Börsenblattes aus zwei Teilen: dem Archiv und der Bibliothek. In dem Archiv werden die Manu-

skripte, Entwürfe und Briefe Lenins, die Bücher mit eigenhändigen Notizen, und die Dokumente, die sich auf seinen Tod beziehen, aufbewahrt. Es sind im ganzen etwa 21000 Stück, zu denen das Material, das Lenin in der Sowjetzeit bearbeitet hätte, noch nicht gehört. Diese Dokumente befinden sich in einem einbruchsfähigen Teil des Erdgeschosses, der als Stahlkammer mit über 1 Meter dicken Wänden ausgebaut ist. Die Stahlwände sichern den Inhalt nicht nur gegen Feuer, sondern auch gegen die schwersten Artilleriegeschosse, und ebenso sind die 30 großen Schränke, die Lenins handschriftlichen Nachlaß enthalten, feuerfest und einbruchsfähig. Da das Papier der Dokumente zum großen Teil schlecht ist, so sorgt man durch eine Ventilatoreinrichtung für eine gleichmäßige, nicht zu feuchte Temperatur, die die beste Gewähr für die Erhaltung bietet. Eine Anzahl von Angestellten bearbeiten diese Fülle von Archivmaterial, sorgen für die genaue Beschreibung und Katalogisierung sowie für die Photographie der Aktenbestände, von denen nur Kopien zur Einsichtnahme ausgegeben werden.

Die Bibliothek, die sich in dem mächtigen Turmbau befindet, soll auf 600000 Bände gebracht werden. Sie enthält fast alle Buchausgaben von Werken Lenins, sowie Zeitschriften, die Beiträge von ihm gebracht haben; sodann sollen nach Möglichkeit alle Werte und Zeitschriften gesammelt werden, die sich mit ihm und seiner Lehre befaßen, sowie alle Druckschriften, die er selbst bei seinem Schaffen benutzt hat. Ebenso vollständig soll die gesamte Literatur der revolutionären Bewegung in Rußland und der verschiedenen kommunistischen Parteien gesammelt werden. Von Lenins Werken sind bereits jetzt in russischer Sprache 659 rechtmäßige und 24 unrechtmäßige Ausgaben vorhanden, von den Werken über Lenin in russischer Sprache 789 Ausgaben.

Weitere Verzögerung des Reichsbühnengesetzes. Der Entwurf eines Reichsbühnengesetzes, der vor der letzten Regierungskreise bereits fertiggestellt war, erleidet durch die Neubefehung des Reichsinnenministeriums eine weitere Verzögerung. Wie wir erfahren, ist den beteiligten Organisationen eine Zuschrift zugegangen, in der mitgeteilt wird, daß der neue Reichsinnenminister sich zunächst noch selbst mit dem von seinem Vorgänger übernommenen Entwurf beschäftigen wolle; es scheint demnach fraglich, ob der Entwurf überhaupt in der bisher bestehenden Form bestehen bleibt, oder ob er nicht noch mancherlei Veränderung erfährt.

Die Frühjahrsausstellung der Berliner Sezession in dem Thema „Sport“ genähert. Einzelne Werke höherer Epochen und Arbeiten aus neuerer Zeit, darunter dekorative Wandbilder, werden einen Ueberblick ermöglichen, wie die Abende Kunst sich mit dem Thema „Sport“ beschäftigt hat. Die Eröffnung ist für Mitte März vorgegeben.

Das Ausfertigungsamt eröffnet am Sonnabend aus seinem Besitz eine Ausstellung der Graphik Edward Munchs.

Die Zulassung zum Universitätsstudium ohne Reifezeugnis, die in den Bestimmungen vom 11. Juni 1924 geregelt wurde, ist vom Preussischen Kultusminister nunmehr auch auf die preussischen technischen Hochschulen ausgedehnt worden. Die Bestimmungen gelten nunmehr für alle preussischen wissenschaftlichen Hochschulen.

Der Kampf um das Kreuz für die Gemeindefürsorge von Sieb. b. Wölfe in Luxemburg hat aus den Räumern der Schulräte die dort angebrachten Straßzettel entfernen lassen. Die Geistesfreiheit hat gegen dies Vorgehen öffentlichen Protest erhoben. Die Angelegenheit wird Gegenstand einer Interpellation in der Kammer sein.

Preußen und das Reich.

Brauns Rede im Hauptausschuß des Landtags.

Der preussische Ministerpräsident, Genosse Braun, führte in seiner Rede vor dem Hauptausschuß des Landtags weiter aus: Wir haben niemals einer Verringerung der Leistungsfähigkeit des Hamburger Hafens das Wort geredet, auch nie eine Maßnahme gefördert, die hierzu führen könnte. Wir haben im Gegenteil stets erklärt: Wir halten es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft für erforderlich, daß der Hamburger Hafen nicht nur in seiner jetzigen Leistungsfähigkeit erhalten bleibe, sondern in seiner Entwicklung so gefördert werde, daß er die Konkurrenz mit den anderen Welthäfen aufnehmen kann. Nur über den Weg, wie das am besten geschehen könnte, sind die Meinungen auseinandergegangen. Ob es hierzu notwendig ist, Staatsgrenzen zu verrücken, oder ob es auf anderen Wegen möglich ist, darüber haben wir uns bis jetzt nicht einigen können. Preußen ist sogar bereit gewesen, auf dem Boden des Drems-Roederschen Entwurfs zu verhandeln, der die Aufgabe des zukunftsreichen Wilhelmshurger Gebietes vorsah. Selbst nach dieser Richtung haben wir dem Verlangen Hamburgs weitgehend Rechnung tragen wollen, vorausgesetzt, daß uns entsprechende Gegenleistungen geboten werden, die insbesondere darin bestanden, daß uns einmal Gebiete von Hamburg gegeben werden, die für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seines Hafens von großer Bedeutung haben, und auf der anderen Seite auf dem Gebiete finanziellen Ausgleichs in den betreffenden Gemeinden. Hamburg glaubte, uns nicht so weit entgegenkommen zu können; dies ist der Grund, weshalb es zu keinem befriedigenden Ergebnis gekommen ist. Ich habe auch ausdrücklich erklärt, daß unsere Anträge auf Ergänzung und Änderung des Drems-Roederschen Gutachtens nicht das letzte Wort seien.

Für Preußen kommt vorerst in Frage, mit aller Beschränkung die Maßnahmen zur Regelung der Verhältnisse unserer Elbgemeinden im Interessengebiet durchzuführen; dann ist der Zeitpunkt da, an dem wir über gewisse Einzelfragen mit Hamburg in Verhandlungen treten können. Als eine der dringlichsten ist die Siedlungs- und Verkehrsfrage anzusehen, über die wir Hamburg schon vor einiger Zeit Verhandlungen angeboten haben, die aber abgelehnt wurden. Nachdem aber die Verhandlungen über das Drems-Roedersche Gutachten ergebnislos verlaufen sind, fällt der Grund der Ablehnung für Hamburg fort. Ich glaube daher, daß, sobald die neuen Eingemeindungen durchgeführt sind und die neue kommunalpolitische Gliederung feststeht, der geeignete Zeitpunkt gekommen sein wird, über die Siedlungs- und Verkehrsfragen zu verhandeln. Ich hoffe, daß es durch diese Verhandlungen gelingen wird, auch zu Verhandlungen auf weiteren Gebieten zu kommen.

Ich gebe mich auch der Hoffnung hin, daß wir schließlich zu einer Gemeinschaft mit Hamburg kommen werden, die dazu führen wird, daß das gesamte Unterelbgebiet, unabhängig von den politischen Grenzen, als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet von beiden Staaten zur wirtschaftlichen Höchstleistung betreut und ausgebaut wird.

Der Wortlaut der Rede des Oberpräsidenten Höring sei nicht authentisch. Herr Höring werde jedenfalls aufgefordert werden, Stellung dazu zu nehmen. Die preussische Regierung müsse nicht mit unvollem Muth. Wenn ein deutschnationaler Oberpräsident oder Regierungspräsident scharf für die Republik in einer Rede einträte, so werde er auch nicht gemahnt werden. Der Ministerpräsident ging dann auf die Angriffe ein, die er wegen seiner Rede in der Unversität erfahren hat. Er habe die Rede nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als sozialdemokratischer Politiker vor der sozialistischen Studentenschaft gehalten. Trotzdem wolle er erklären, daß er und mit ihm das gesamte Staatsministerium auf dem Standpunkt stehen, daß die außerordentlich weitgehende Großzügigkeit, mit der das Reich den Reichwehretat ausstattet, in krassem Gegensatz zu den Ersparnißsünden, zu denen die Länder schließlich gezwungen werden. Das Staatsministerium habe diese Ansicht auch im Reichstag zur Sprache gebracht, wie es sein gutes Recht sei. Die wirklich notwendigen Maßnahmen für die Sicherheit des Reiches würden nicht leiden und es würden keine militärischen Nachteile entstehen, wenn an diesem viel zu hohen Reichwehretat große Ersparnisse gemacht würden. Im übrigen stehe er auf dem Standpunkt — und nach ihrem Eintritt in die Reichsregierung hätten das ja wohl auch die Deutschnationalen —, daß die beste Sicherheit für das Reich in der Verständigung mit allen Nachbarn bestünde.

Ministerpräsident Braun führt dann Klage darüber, daß Preußen vom Reich im Vergleich zu den süddeutschen Ländern vernachlässigt werde. Der Reichsfinanzminister habe in seiner Etatsrede die süddeutschen Ansprüche erwähnt, nicht aber die preussischen Wünsche. Er, der Ministerpräsident, habe deshalb in einem ausführlichen Schreiben an den Reichskanzler den preussischen Standpunkt darlegen müssen.

Wenn die Postablastungsaufwertung anerkannt werden sollte, so müsse Preußen auch auf eine Aufwertung seiner Eisenbahnablastung bestehen. Hluy komme, daß Preußen die großen Gebietsverluste des Weltkrieges zu tragen habe und daß seine Vermögensverluste vom Reich selbst mit 3 1/2 Milliarden anerkannt worden seien, auf die es nur 65 Millionen Mark Abzugszahlung vom Reich erhalten habe.

Im Verlauf der Debatte stellten sich noch einmal die Vertreter aller Parteien in der Groß-Hamburg-Frage hinter den Ministerpräsidenten und die preussische Regierung. Die Vertreter der Koalitionsparteien pflichteten dem Ministerpräsidenten auch darin bei, wenn er an dem Reichwehretat, vor allem aber an dem Unversen der nationaldeutschen Verbände in seiner Unversitätsrede scharfe Kritik geübt habe. Zur Frage des Unitarismus betonte der Vertreter des Zentrums, daß seine Freunde in dieser Hinsicht im Gegensatz zum Ministerpräsidenten grundsätzlich föderalistisch eingestellt seien. Bemerkenswert war an der Rede des Zentrumsvertreeters, daß er scharf mit den Ansprüchen Bayerns an das Reich abrechnete, und dem Ministerpräsidenten beipflichtete, wenn er die Ansprüche Preußens annehme. Genosse Lüdemann, der sich wie der Vertreter der Demokraten für Reichseinheit und Rationalisierung der Reichs- und Länderverwaltungen einsetze, begründete einen Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums auf Schaffung eines Ministeriums für soziale Angelegenheiten, der auch angenommen wurde, nachdem Ministerpräsident Braun vorher noch kurz auf verschiedene Anfragen eingegangen war, und erklärte, daß die preussische Regierung zum sogenannten Aufbaugesetz noch nicht habe Stellung nehmen können, da es sich erst in zweiter Reichstagslesung befände.

Vor der Film-Oberprüfstelle sollte gestern über das Verbot des Oberösterreichischen Films „Land unterm Kreuz“ verhandelt werden. Der Termin wurde auf Antrag der Deutsch-Film-L.G. in letzter Stunde aufgehoben. Die neue Verhandlung wird in etwa einer Woche stattfinden.

Begnadigt wurde der Reichsdeutsche Zetse, den ein französisches Militärgericht wegen — Betretens von Tanger zu drei Monaten Gefängnis verurteilt hatte.

Ein Waffenlager polnischer rechtsradikaler Putsch-Begner hat die Warschauer Polizei in dem Bagerraum der Gutbesitzergeossenschaft für Jagdbedarf ausgehoben. Das Geschäft mußte geschlossen werden. Der Leiter behauptet, es seien betagte Maschinen-gewehre und Sprengkörper, die dem polnischen Kriegsministerium angeboten werden sollten.

Kampf um die Sozialgesetzgebung.

Der Bürgerblock vermag die Arbeitszeitfrage und verkürzt die Sozialdebatte.

Der Reichstag setzte gestern die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort bei den Kapiteln, die die Sozialversicherung betreffen. Die Anträge der Sozialdemokratie gegen die von der Regierung beabsichtigte Erhöhung der Wohnungsmieten werden zur weiteren Beratung dem Wohnungsausschuß überwiesen. Der Vizepräsident stellt mit, daß der Vorkonferenzrat eine Kürzung der Redezeit für die Einzelberatung des Etats des Arbeitsministeriums beschlossen habe. Die Einzelberatung soll, wenn irgend möglich, bis Ende März zu Ende geführt werden. Die Kürzung der Sitzungen am Donnerstag, wo sich in der Regel die Fraktionen versammeln, soll aufgehoben werden, es ist weiter in Aussicht genommen, wenn der Haushaltsausschuß seine Beratungen abgeschlossen hat, vor- und nachmittags Plenarsitzungen abzuhalten.

Abg. Rödel (Komm.) wendet sich gegen die vom Vorkonferenzrat beschlossene Verkürzung der Redezeiten, weil dadurch eine ausreichende Besprechung der sozialen Fragen verhindert werde. Er beantragt die Aufrechterhaltung der bisher in Aussicht genommenen Redezeiten und außerdem eine halbe Stunde Redezeit für die Besprechung der Arbeitszeitfrage.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

ist gleichfalls der Ansicht, daß die ursprünglichen Redezeiten aufrechterhalten seien, der Etat des Arbeitsministeriums könne trotzdem bis zum Sonnabend erledigt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat schon vor Wochen beantragt, das von ihr eingebrachte Arbeitszeitgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Es ist demgegenüber angeführt worden, daß die Regierungsvorlage dem Hause bald zugehen werde und daß dann beide Vorlagen zusammen beraten werden könnten. Das ist bisher noch nicht geschehen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion hat gestern beschlossen, zu verlangen, daß das Arbeitszeitgesetz als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde. Unser Wunsch hat im Vorkonferenzrat keine Mehrheit gefunden. Wir behalten uns vor, den von uns eingereichten Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit als besonderen Punkt auf die morgige Tagesordnung zu legen.

Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten werden die kommunistischen Anträge abgelehnt, es bleibt bei den Beschlüssen des Vorkonferenzrats.

Abg. Karsten-Beine (Soz.)

weist darauf hin, daß man auch bei der Sozialversicherung von einer Vertrauenskrise sprechen könne. Die Befehle der sozialen Gerichte entspricht nicht den Anforderungen, die die Versicherten zu stellen haben. Es scheint so, als ob dort die Stellen häufig mit Leuten besetzt werden, die anderswo nicht unterkommen können. Die Befehle dieser Stellen muß nach einheitlichen Grundbegriffen erfolgen, die Versicherten müssen das Mitbestimmungsrecht haben. Wenn man sich manche Urteile ansieht, die in letzter Zeit gefällt worden sind, so muß man feststellen, daß die vom Reichstage beschlossenen Gesetzesbestimmungen vom Reichsversicherungsamt einfach nicht beachtet werden. (Hört, hört bei den Soz.) Mit dieser Praxis muß das Reichsarbeitsministerium endlich aufräumen. Das Reichsversicherungsamt verhindert auch durch seine Urteile, daß die Versicherungsträger die sozialen Gesetze in fortschrittlicher Weise ausführen. Das Verfahren bei den Oberversicherungsämtern ist vielfach unzulänglich und überholt. So werden in Bochum ein Dutzend und mehr Fälle auf einmal erledigt. Auf unsere Kritik im vorigen Jahre trat dort vorübergehende Besserung ein, jetzt aber herrscht beim Oberversicherungsamt in Bochum wieder der alte Schandrian. Auf diese Weise kann man aber keine einwandfreie Rechtsprechung erzielen. Auch die Behandlung der Versicherten vor den Sozialgerichten gibt vielfach zu Klagen Anlaß. Das System der Vertrauensärzte ist vollends geeignet, das Vertrauen zur sozialen Gerichtsbarkeit zu untergraben. Der Redner weist dann auch darauf hin, daß das Statistische Reichsamt vielfach unzulängliche Statistiken veröffentlicht.

Der Auflassung des Reichsarbeitsministers, daß die Sozialversicherung jetzt abgeschlossen sei, kann die Sozialdemokratie sich nicht anschließen. Es sind eine ganze Anzahl von sozialen Forderungen noch nicht verwirklicht. So die Krankenversicherung der Seeleute, die noch immer auf sich warten läßt. Eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten ist noch immer nicht der Unfallversicherung unterstellt, die angekündigte Denkschrift darüber ist noch nicht erschienen. Auch die Krankenversicherung muß ausgebaut, die Rentenversicherung bei Berufskrankheiten verbessert werden. In der Unfallversicherungsgesetzgebung finden wir Übeln, besonders bei der Frage der Weiterzahlung des Krankengeldes. Eine außerordentliche Härte bedeutet die jetzige Berechnung der Renten in der Landwirtschaft. Hier muß der wirkliche Jahresarbeitsverdienst zur Grundlage der Rentenberechnung gemacht werden und nicht der „durchschnittliche“ Jahresarbeitsverdienst. Heute wird in Ostpreußen ein Drittel Verdienst weniger angenommen, als er in Wirklichkeit beträgt, ähnlich liegen die Verhältnisse auch in anderen Landesteilen.

Wir verlangen den weiteren Ausbau der Sozialversicherung.

Die Kurzsichtigkeit der Mittelständler hat sie früher zu Gegnern dieser Forderung gemacht, heute ist nur noch die Wirtschaftspartei die Wortführerin dieser Rückständigkeit. Es wäre aber für den Mittelstand besser gewesen, wenn er sich zu rechter Zeit den Forderungen angeschlossen hätte, die von der Arbeiterschaft aufgestellt wurden. Die Sozialdemokratie fordert, daß endlich die einheitliche Gestaltung der sozialen Gesetzgebung durchgeführt wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Ziegler (Dem.) bemängelt gleichfalls das langwierige Verfahren und die Verhandlungen namentlich vor den Oberversicherungsämtern. Die Krankenversicherung müsse ebenfalls den Verhältnissen der Nachkriegszeit angepaßt werden. Man hätte doch erwarten müssen, daß das Reichsarbeitsministerium sich schämen würde, die so unberechtigt angegriffenen, vielfach durch ehrenamtliche Arbeit geleiteten Krankenkassen stellen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Becker-Arnberg (Z.) stimmt gleichfalls den Beschwerden des Abg. Karsten wegen der Behandlung der Versicherten bei den Versicherungsbehörden zu. Diese Beschwerden müßten sich aber vor allem auch an die zuständigen Landesregierungen wenden. Vielfach liegen, entgegen den Gesetzesbestimmungen, reaktionäre Organe der Rechtsprechung die Bestimmungen über die Invaliditätsrenten zuungunsten der Versicherten aus. Das Arbeitsministerium müsse daher prüfen, ob man nicht von der Arbeits- zur Berufsunfähigkeit übergehen müsse. Jedenfalls müsse der bisher 6 M. betragende Reichszuschuß zu jeder Invalidenrente ganz erheblich erhöht werden. Den Krankenkassen müsse das Recht der Selbstabgabe von Heilmitteln verbleiben, weil sie sonst gezwungen wären, dem Handel das fünf- bis Sechsfache der Preise zu zahlen. (Widerspruch bei den Dnt. und B. Sp.)

Abg. Weußler (D. Sp.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag, der auf Befreiung der Innungsrentenkassen abziele, ab. Der Redner begründet einen Antrag, der durch Reichsgericht die Selbstversorgung der Krankenkassen, durch die das freie Gewerbe geschädigt werde, unterlagen will.

Abg. Frau Krenn (Komm.) erklärt, die Bestrebungen auf Befreiung der Eigenversorgung der Krankenkassen seien entschieden zu bekämpfen, zumal die Kosten durch diese Selbstversorgung jährlich etwa 57 Proz. am Ausgaben sparen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frau Scholl (Dnt.) und Behold (B. Sp.) weist Abg. Richter (Soz.) die Angriffe des Abg. Beuthen auf die Krankenkassen zurück. Im Ausschuß werde auf Grund amtlichen Materials das Notwendige dazu noch gesagt.

Es folgt die Beratung der Gruppe Arbeitsrecht.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

weist darauf hin, daß auch heute noch die deutsche Wirtschaft unter Winderabfall leidet, der in der Hauptsache verursacht wird durch das unzureichende Arbeitseinkommen. Die jetzige Lohnhöhe entspreche erst dem Stande von 1910. Die Löhne müssen so gesteigert werden, daß auch die Arbeiter und Angestellten einen Anteil an den Ergebnissen des Rationalisierungsprozesses erhalten. Die Rationalisierung hat keinen Sinn, wenn sie nur den Besitzern der Kapitalien zugute komme und nicht den im Produktionsprozeß stehenden Menschen. In den Anweisungen des Reichsarbeitsministeriums an die Schlichtungsstellen vermißt man gerade den Hinweis auf diese Zusammenhänge. Die Tarifunwilligkeit der Unternehmer wird noch unterstützt durch die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte. Der Redner schildert einen Fall, in dem von der Staatsanwaltschaft gegen Kräfte strafrechtlich vorgegangen ist, weil sie die Rechte aus einem Tarifvertrag für sich geltend gemacht haben. Die Unternehmer haben verlangt, daß gegen diese Kräfte wegen Betrugs vorgegangen werde und die Staatsanwaltschaft hat sich auch zu einem solchen Vorgehen bereit gefunden. (Inerhört links.) Einzelverträge, die dagegen vorliegen, sind rechtsunzulässig. Gegen derartige Uebergänge der ordentlichen Gerichte muß das Reichsarbeitsministerium das Notwendige unternehmen. Auch hier zeigt es sich, wie berechtigt unser Mißtrauen gegen die ordentlichen Justiz ist. Bei der Errichtung der Arbeitsgerichte wird in Bayern der Versuch unternommen, sie den Amtsgerichten nebenamtlich anzugliedern. Wir wenden uns ganz entschieden gegen diesen Versuch, den Zweck der Arbeitsgerichte zu durchkreuzen. Auf die Verabschiedung der Seemannsordnung warten wir noch immer.

Der Redner stellt weiter fest, daß das Betriebsrätegesetz in zahlreichen Fällen umgangen wird. Wir vermischen es, daß man den Betriebsräten den erforderlichen Schutz zuteil werden läßt, es kommt sogar vor, daß man die ordnungsmäßige Wahl von Betriebsräten verhindert.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Entlassungsschutz auch auf den Wahlvorstand, auf die auscheidenden Betriebsräte und die Betriebsratsombudanten ausgedehnt wird. Gegenüber dem deutschnationalen Abg. Thiel stellt der Redner fest, daß auch die Angeklagten es der Sozialdemokratie und dem heutigen Volksstaat zu verdanken haben, wenn sie jetzt das Kollektivrecht und mehr soziale Rechte besitzen. Die hinter Herrn Thiel stehenden deutschnationalen Handlungsgehilfen sollten sich nicht zum Kampf gegen die Sozialdemokratie gebrauchen lassen, sondern gemeinsam mit der Sozialdemokratie und mit den Arbeitern den Kampf für die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Gesetzgebung führen. Die Sozialdemokratie wird auch künftig die Interessen der Angestellten ebenso wie der Arbeiter wahren, und wenn in dem Kampf der Sozialdemokratischen Partei gegen die jetzige Unternehmerrregierung auch die Deutsche Volkspartei etwas abkommen wird, so hat sie es wohl verdient. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Berg (Komm.) wendet sich gegen das Schlichtungswesen, das nur den Unternehmern zugute komme.

Abg. Hule (Z.) weist darauf hin, daß im Bergbau und in der Textilindustrie eine wesentliche Arbeitssteigerung zu verzeichnen sei, die dort bewilligten Lohnerhöhungen entsprechen oder nicht der verteuerten Lebenshaltung und der Steigerung der Mieten.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) stellt fest, daß die Rationalisierung bisher nur ein großes Arbeitslosenseer, aber noch keine Lohnerhöhungen gebracht habe.

Abg. Thiel (D. Sp.) beklagt sich darüber, daß man nach der Revolution die deutschnationalen Handlungsgehilfen aller ihrer Rechte zu berauben versucht habe.

Abg. Schmidt-Röpenit (Soz.)

weist darauf hin, daß die Rot der Landarbeiter außerordentlich groß ist, die Schlichtungsstellen müssen endlich dafür sorgen, daß die Lohnverhältnisse der Landarbeiter verbessert werden. Was nützen die Klagen über die Landstucht, wenn die Löhne auf dem Lande noch immer soviel schlechter sind als in der Industrie. Es werde ferner über die Rot der Landwirtschaft geklagt, aber die Ertragsverhältnisse der letzten Jahre sprechen gegen diese Behauptung. Wenn man in der Landwirtschaft höhere Löhne zähle, dann würden nicht nur die Ertragsverhältnisse in der Landwirtschaft, sondern die Produktivität der gesamten Wirtschaft gehoben. (Beifall bei den Soz.)

Um 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Abg. Aufhäuser (Soz.) und Abg. Rödel (Komm.) stellen den Antrag, die von der Sozialdemokratie und von den Kommunisten eingebrachten Anträge zur Regelung der Arbeitszeit auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen. Da das Abstimmungsergebnis zuerst zweifelhaft ist, muß die Auszählung des Hauses (Hammelsprung) vorgenommen werden. Sie ergibt die Ablehnung des Antrages mit 140 gegen 82 Stimmen.

Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerveranlagung und Steuerprüfung vor dem Ausschuß.

In der in der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt fortgeführten Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums brachte Genosse Meier-Baden die noch immer mangelhafte Organisation des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes zur Sprache und stellte fest, daß die heute verfügbaren Kräfte kaum ausreichen, um die Hälfte der für die Prüfung vorgesehenen Großbetriebe zu prüfen. Auch die Festlegung einer bestimmten Zeit, in der Buchprüfungen abgeschlossen sein müssen, sei falsch. Eine solche Zeitbestimmung mache oft eine gründliche Buchprüfung unmöglich. Mit Rücksicht auf die exponierte Stellung, die die Buchprüfer innerhalb der Reichsfinanzverwaltung einnehmen, verlangte Genosse Meier die Uebernahme der auf Vertrag angestellten Buchprüfer ins Beamtenverhältnis, soweit sie sich im Dienste der Reichsfinanzverwaltung bewährt haben. Er bitte um Auskunft über die Herkunft, Vorbildung und Ausichten der Buchprüfer und ob ein Unterschied zwischen Studierten und Nichtstudierten gemacht werde.

Staatssekretär Popih erklärte grundsätzlich, daß die Finanzverwaltung an dem jetzigen System, die Buchprüfung durch einen besonderen Dienst der Verwaltung vornehmen zu lassen, festhalten werde. Gegenwärtig seien rund 1500 Personen im Buchprüfungsdienst tätig. Davon 1100 Beamte und 400 Angestellte. Letztere sollen allmählich in das Beamtenverhältnis übergeführt werden. Es könnten aber nicht alle Angestellten übernommen werden, weil einmal nicht alle geeignet und einzelne auch nicht geneigt seien, sondern besseren Angeboten der Industrie folgten. Eine Bezorgung von Akademikern bestehe nicht. Im Gegenteil, Leute aus dem praktischen Leben mit Branchenkenntnissen seien besonders erwünscht.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern war die folgende wichtige Entschloßung eingegangen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag alljährlich eine Uebersicht vorzulegen, die enthält:

1. das gesamte Veranlagungsloß aller der Veranlagung unterliegenden Steuern auf Grund der von den Steuerpflichtigen eingereichten Steuererklärungen;

2. das gesamte Veranlagungsloß, das sich auf Grund der Prüfung der Steuererklärungen ergibt.

In beiden Fällen ist die Uebersicht nach Bundesfinanzamtsbezirken und nach Einkommensgrößenklassen zu gruppieren.

Um das Notgesetz.

Die „Der Deutsche“ berichtet, sind die internationalen Besprechungen der Regierungsparteien noch nicht abgeschlossen. Ueber den Stand der Verhandlungen wird Stillschweigen bewahrt. Ihre Fortführung lasse erkennen, daß eine Einigung noch nicht zustande gekommen ist. Dies werde durch die Hartnäckigkeit erklärt, mit der die christlich-nationalen Arbeitervertreter um die Durchführung ihrer Forderungen ringen.

„Da die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten christlich-nationalen Arbeitnehmer die Fassung des Entwurfs als ungenügend ablehnten, ist für die Regierung eine neue Situation geschaffen. Jedoch sind die Gerüchte über eine Zurückziehung des Regierungsentwurfs völlig unzutreffend.“

Zur Arbeitszeit im Zeitungsgewerbe.

Verdächtige Propaganda für Ausnahmebestimmungen.

Seit der Veröffentlichung des Regierungsentwurfs zum Arbeitszeitnotgesetz werden die bürgerlichen Zeitungen nicht müde, immer wieder zu betonen, daß die Streichung des § 11 Absatz 3 (Straflose Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit) für die Zeitungsbetriebe infolge des stoßhaften Anfalls der Arbeit und vor allem gegen Ende der Woche eine unerträgliche Belastung darstellt.

Die bürgerlichen Zeitungsvorleger würden, wie uns dazu vom Buchdruckerverband geschrieben wird, weit vernünftiger handeln, wenn sie sich bei ihrem Streben nach einer Sonderstellung auf dem Gebiete der Arbeitszeit etwas mehr Zurückhaltung auferlegten. Die gesamte Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe steht dem Stakettenlauf von Vertretern des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger von und nach den Fraktionszimmern gewisser Parteien oder den Ausschüssen im Reichstage mit größtem Mißtrauen und ablehnend gegenüber. Die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe ist entschieden Gegner jeder Ausnahmebestimmung für das Zeitungsgewerbe auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Daß sogar jetzt nach Abschluß der Tarifverträge, bei welchen den wirtlichen und ernstlichen Bedürfnissen des Gewerbes in Fragen der Arbeitszeit auch für das Zeitungsgewerbe von Gehilfen Seite in praktischer und weitestgehender Weise Rechnung getragen wurde, in der bürgerlichen Tagespresse (z. B. „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“ usw.) noch Propaganda für Ausnahmebestimmungen im Arbeitszeitnotgesetz für das Zeitungsgewerbe gemacht wird, dagegen protestieren wir als Wortführer der gesamten Buchdruckerarbeiterschaft mit aller Entschiedenheit. Es besteht gar keine sachliche Notwendigkeit für irgendein Ausnahmegesetz für Ueberstunden im Zeitungsgewerbe. Soweit sachliche und praktische Gesichtspunkte in Frage kommen, sind auch im neuen Buchdruckerarif weitgehende Möglichkeiten für deren Berücksichtigung enthalten. Was darüber hinausgeht, wäre nur vom Uebel und eine gefährliche Begünstigung unkollegialer Konkurrenzmanöver im Zeitungsgewerbe.

Tarifeindigkeit im „Krotobil“.

Schiffs Restaurationsbetriebe „Zum Krotobil“, die sich mit der Devise: „Billig und viel“ dem Publikum empfehlen, führten vor dem Kaufmannsgericht einen äußerst heftigen Kampf gegen die Klage einer Angestellten M., die entlassen wurde, weil sie das Tarifgehalt gefordert hat. Fräulein M. ist am 1. März 1924 als jugendliche kaufmännische Angestellte bei der Firma Schill eingetreten. Erst im Juli 1926 erfuhr das junge Mädchen, daß es einen Tarif gibt und daß ihr Gehalt während der ganzen Zeit hinter den Tarifgehälts erheblich zurückgeblieben war. Da auch ihre Kolleginnen das gleiche Schicksal teilten, so ersuchte Fräulein M. den Angestelltenrat, die Zahlung der Tarifgehälter für alle Angestellten zu fordern. Aber der Angestelltenrat unternahm nichts. Aus einer späteren Äußerung von ihm darf man schließen, daß er fürchtet, die Firma würde einen Teil der Angestellten entlassen, wenn von ihr verlangt würde, sie solle nach dem Tarif bezahlen. Die Devise: „Billig und viel“ scheint also auch dem Personal gegenüber angewandt zu werden in dem Sinne, daß für geringe Löhne viel gearbeitet werden muß.

Fräulein M. hat jedenfalls am eigenen Leibe erfahren, daß man bei Schill „Zum Krotobil“ nicht ungestraft den Tariflohn fordern kann. Nachdem sie monatelang vergebens auf ein

Eingreifen des Angestelltenrats gemarret hatte, wandte sie sich im Oktober 1926 selbst an den Bureauchef mit dem Ersuchen, sie dem Tarif entsprechend zu entlohnen. Diese Forderung wurde nicht erfüllt, aber Fräulein M. erhielt ihre Kündigung und hat infolgedessen am 31. Januar 1927 den Betrieb verlassen. Selbst der Entlassenen machte die Firma noch Schwierigkeiten, indem sie ihr ein Zeugnis ausstellte, welches kein Wort über die Art der Beschäftigung enthielt. Mit einem solchen Zeugnis war natürlich keine gleichartige Stellung zu bekommen. Doch ihre Organisation, der Zentralverband der Angestellten, ließ Fräulein M. die Firma um Erteilung eines den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Zeugnisses ersuchen. Erst nach mehreren Wochen kam die Firma der Aufforderung nach, aber mit einem ungenügenden

Konferenz aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre

am Dienstag, dem 15. März 1927, abends 7 Uhr, in den Muffersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

„Der Kampf um den Achtstundentag.“

Referent: Genosse S. Aufhäuser, M. d. R. — Aussprache. Wahl von drei Mitgliedern zum erweiterten Bezirksvorstand.

Wir ersuchen alle Funktionäre, an dieser Konferenz teilzunehmen. Funktionärausweis und Parteilich mitbringen! Betriebssekretariat.

Zeugnis, denn es verschweigt, daß Fräulein M. in den letzten Jahren als Bankkontrollleurin beschäftigt war. Die Erwähnung dieser Spezialarbeit aber ist notwendig, wenn die Entlassene eine gleichwertige Tätigkeit finden soll.

Fräulein M. klagte nun erstens auf Ausstellung eines Zeugnisses als Bankkontrollleurin, zweitens auf Schadenersatz, weil sie mit dem ungenügenden Zeugnis keine ihren Fähigkeiten entsprechende Stellung erhalten konnte, und drittens auf Nachzahlung der Differenz zwischen dem erhaltenen und dem tariflichen Gehalt seit Juli 1926.

In mehreren Terminen wurde sehr eingehend die Frage geprüft, ob die Klägerin als Bankkontrollleurin beschäftigt war, in welche Gehaltsgruppe sie gehört und von welchem Zeitpunkt sie Nachzahlung beanspruchen kann. — In der Zeugnisfrage erklärte sich der Vertreter der Firma, nachdem sich sein Standpunkt als unhaltbar erwiesen hatte, bereit, ein der Forderung der Klägerin entsprechendes Zeugnis auszustellen.

Berurteilt wurde die Firma, der Klägerin wegen des ungenügenden Zeugnisses 80 M. Schadenersatz zu leisten und die Gehaltsdifferenz vom 1. Oktober 1926 bis 31. Januar 1927 nachzuzahlen. Ob die Klägerin die Nachzahlung vom 1. Juli 1926 ab verlangen kann, darüber soll in einem späteren Termin Beweis erhoben werden.

Kein Sieg der SPD. beim IdM. in Hamburg.

Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten in Hamburg erlitten die Kommunisten trotz großer Anstrengungen von Flugblättern und sonstiger Propaganda eine katastrophale Niederlage. Während die Liste der Amsterdamer Richtung 3424 Stimmen erhielt, brachte es die Liste der Kommunisten nur auf 703. Damit werden sämtliche Vertreter zum Verbandstag von der Amsterdamer Richtung gestellt.

Lohnbewegungen in der Metallindustrie.

In Rannheim erklärten die Metallindustriellen bei den Verhandlungen über die Ende Januar vom Deutschen Metallarbeiterverband geforderte Lohnerhöhung, daß sie infolge der Wirtschaftslage keine Zugeständnisse machen könnten. Die Verhandlungen sind gescheitert und werden am Dienstag vor dem Schlichtungsausschuß wieder aufgenommen.

Die Metallarbeiter Bremens sind in eine umfassende Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen der Gewerkschaften enthalten Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Fabriken, der Metallindustrie und der Silberwarenfabriken sowie Arbeitszeitverkürzung und andere tarifvertragliche Änderungen für die Arbeiter der Landbetriebe der bremischen Metallindustrie. Die Verhandlungen beginnen für die Metallindustrie am 11. für die Werften am 15. März. Von der Lohn-

Bewegung werden rund 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßt. Die Metallarbeiter fordern 6 Proz. Erhöhung — eine äußerst bescheidene Forderung.

Drohender Eisenbahnerstreik in Polen.

Warschau, 10. März. (Mit.) Auf einer großen Versammlung haben die polnischen Eisenbahner eine Erhöhung ihrer Löhne und Pensionen verlangt. Die Stimmung war außerordentlich erregt, und von den Organisationsvertretern wurde erklärt, daß man vor einem Streik nicht zurückweichen würde, im Fall die Regierung die Forderung der Eisenbahner ablehne. Andererseits ist die Regierung entschlossen, einen Eisenbahnerstreik mit allen Mitteln, unter Umständen auch mit militärischen Maßnahmen, zu unterdrücken.

Lohnabbau-Offensive in Frankreich.

Paris, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorwand durch Verminderung der Selbstkosten die Herabsetzung des allgemeinen Preisniveaus herbeizuführen, ist in der gesamten französischen Industrie gegenwärtig eine großangelegte Offensive gegen die bestehenden Lohnsätze in Angriff genommen worden. Diese Offensive wurde von den Grubenbesitzern des Loire-Reviers eingeleitet. Die Gruben des Nordens und des Pas de Calais sind nach kaum einer Woche gefolgt und haben den Gewerkschaften den Lohnsanktionsauf den 1. April gekündigt. Die Metall-, die Textil- und die Lederindustrie werden, wie verlautet, in aller kürzester Zeit ebenfalls zum Angriff auf die Lohnsätze übergehen.

In den Kreisen des Gewerkschaftsbundes wird erklärt, daß die Gewerkschaften diesen Versuch, die Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterschaft zu lösen, mit allen Mitteln bekämpfen werden. Dementsprechend sind bereits Anweisungen an die meistbedrohten Gewerkschaften ergangen. Für Ende März sind Besprechungen zwischen den Grubenbesitzern und den Delegierten der Gewerkschaften in Aussicht genommen. Falls sie ergebnislos verlaufen, wird spätestens am 22. März der Nationalrat zusammenzutreten, der in erster Linie die Haltung der Grubenarbeiter dieser Offensive der Grubenbesitzer gegenüber festlegen wird.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsstelle Berlin. Der 2. Informationsabend 1927, der am 12. März im Reichswirtschaftsrat stattfinden sollte, kann nicht abgehalten werden, da der Kollege Klein aus Wien und die anderen österreichischen Kollegen besonderer Ereignisse in letzter Stunde verhindert worden sind, nach Berlin zu kommen.

Abnehmende Arbeitslosigkeit in England weist der Bericht der letzten Februarwoche auf, wonach die Zahl der Arbeitslosen auf 1 169 500 zurückgegangen ist und sich gegen die Vorwoche um 26 559 verringert hat. Dennoch ist die Arbeitslosenzahl noch um 62 362 größer als vor einem Jahre.

Achtung, SPD.-Eisenbahner!

Seit abend 7 Uhr in den Konferenzsälen, Andreasstr. 64, Versammlung aller im Eisenbahnbetrieb beschäftigten freigewerkschaftlich organisierten Genossen. Die wirtschaftliche und soziale Lage des Eisenbahner. Referent Genosse E. Dreunig. Aussprache. Verschiedenes. Der Werksausfluß.

Jugendgruppe des IdM. Genuß, Freitag, 7½ Uhr: Regier. Göttdorf: Jugendheim Hell-Alliance-Str. 110. Berufsunfallversicherung (Schumann). — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Fortsetzung des Vortrages über „Arbeitslosigkeit“ (Gruber). — Schöneberg: Jugendheim Fortaus 10. Heimabend (Wettspiele).

Neue Gewerkschaftsjugend. Deute, Freitag, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz (Reußstr. 2); Gruppenheim Jugendheim Sandritze, 11. Ude Dohrenstr. Vortrag: Die gesellschaftliche Stellung der Frau. — Oberschöneweide: Gruppenheim Jugendheim Kaufmänn. Str. 2 (Kater Coal). Hans-Heimann-Abend. — Wedding: I. Gruppenheim Stadtbahnhof Wedding, Gerichtsstr. 55/59. Vortrag: Denken und Fühlen der Großstadtjugend. — Nordring: Gruppenheim Jugendheim Oberstraße Str. 10, Zimmer 11. Die Fragen aus unierten Gruppen werden beantwortet. — Reppelplatz (Wedding) Gruppenheim Städtisches Jugendheim Turiner Ude Göttdorf. Heute wollen wir den Märtyrer (Schmidt) Parfümiers eines Kenners. — Filmvorführung in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Eintrittsfr. 100 (6 Uhr); 1. Per. Silberer. 2. Hans Dufeldin, der Unglücksraube. 3. Ihre drei Stammgäste.

Deutscher Werksmeisterverband, Freitag 10. Donnerstag, 17. März, 8½ Uhr. Filmvortrag: Ein Tag in den Ford-Werken in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Eintrittsfr. 100. Eintrittskarten (50 Pf.) sind in der Geschäftsstelle Kurfürststr. 111, 1. Et., zu haben.

Verantwortlich für Politik: Bieda Schill; Wirtschaft: G. Klinghöfer; Gewerkschaftsbewegung: H. Schöler; Feuilleton: Dr. John Schömerl; Entlastung und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöckler; Familien in Berlin: Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtblatt“.

WERTHEIM Lebensmittel

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Sowohl Vorrat. Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Dampf- u. Landleberwurst Pfd. 1 10	
Mettwurst grobe, Pfund 1.25	Mettwurst (Braunschweiger Art), Pfund 1.50
Mortadella . . . Pfund 1.25	Bier- u. Leberwurst, Pfd. 1.65
Speck ^{deutsch.} _{teut.} Pfd. 1.20 mager 1.40	Schinkenspeck Pfund 1.65
Jagdwurst . . . Pfund 1.45	Zervelat u. Salami 1.75
Schinkenpolnische Pfd. 1.45	Teewurst . . . Pfund 1.90
Filetwurst . . . Pfund 1.50	Nußschinken ^{ca. 2-2½ Pfd.} _{schwer, Pfd.} 1.95

Schnitt- u. Brechbohne. ^{1/2 Dose} 58 Pf. I. 73 Pf.	
Haricots verts extra fein 1.75	Jg. Erbsen 70 Pf. mittel- 84 Pf.
Spinat 46 Pf. Kohlrabi 48 Pf.	Kaiserschoten 1.58
Sellerie ^{Schreiben} _{1/2 Dose} 48 Pf. 80 Pf.	Jg. Erbsen m. Karotten 67 Pf.
Grünkohl 50 Pf.	Junge Karotten extra klein 1.05
Steinpilze 2 M	Gemischt. Gemüse fein 1.40
Pfefferlinge 82 Pf.	Pflaumen ^{mit} _{ohne} Stein 75 Pf. Stein 1 M
Leipziger Allerlei . . 85 Pf.	Saure Kirschen n. Stück 1.15

Messina-Blutorangen ^{Kiste 100 u. 150 Stk.} 10 25	
Kranzfeigen . . Pfund 28 Pf.	Wirsing-u. Weißkohl Pfd. 7 Pf.
Kaliforn. Äpfel 35 Pf. 45 Pf.	Dauerzwiebeln . Pfund 8 Pf.
Zitronen Duzend 40 Pf.	Sellerie . . Pfund 9 Pf. 15 Pf.
Apfelsinen Duzend 55, 85 Pf.	Malta-Kartoffeln Pfd. 18 Pf.
Blutorangen Duz. 70, 95 Pf.	Blumenkohl Kopf von 10 Pf. an
Ananas frische, Pfd. v. 90 Pf. an	Schwarzwürzeln stark 25 Pf.

Makrelen-Büchlinge Pfd. 20 5 Pf. 90 Pf.	
Flundern pomm. 30 Pf. 45 Pf.	Seelachs 1. Stk., Pfd. 45 Pf.
Rotbarse . . . Pfund 42 Pf.	Sprott-Büchlinge Duz. 40 Pf.
Schellfische . . Pfund 42 Pf.	Sprotten Kiste 45 Pf.

Holl. Kakao Marke „Kamphuy“ ^{in Diebchen, 1 Pfd.} 1 60 2 290	
Pralinen ^{Marzipan} _{1/4 Pfund} 58 Pf.	Sandgebäck ^{1/4 Pfund} 25 Pf. 95 Pf.
Printen ^{m. Schokolade} _{1/4 Pfund} 30 Pf.	Sandgebäck ^{1/4 Pfund} 35 Pf.

Konfitüren, 2 Pfund-Elmer	Ananas 1.65	Orangen 1.15	Pflaumen 1.10
	Erdbeeren, Aprikosen, Kirschen, Himbeeren 1.45		

Wein	
1922 Freilaubersberg. Katharinenkirche gut entwickelt 1.15	
1922 Zeltinger (rote Kapsel) reifer Mittelmosel 1.30	
1921 Osanner Rosenberg lieblicher Mosel 1.65	
1923 Rüdeshelmer Bischofsberg Wachstum Neep zarter Rheingauer 2 M	
1921 Niersteiner Domtal gehaltvoll, blumig 2.50	
1922 Ingelheimer lieblicher Rotwein 1.30	
1922 Chät. Raba Propr. Ellsacq, eleganter Bordeaux . . 1.80	
Lagrimas Christi Gold-Malaga 1.80	
Deutschherrn-Likör (Karlshäuser) 3 M	
3 Sorten Wein und Spirituosen vom Faß Liter	
Johannisbeerwein Rot 95 Pf.	
Tarragona Spezial rot 1.40	
1922 Ruppertsberger Rheinpläzer Tischwein 1.40	

Limburger Pfund 60 Pf. vollfein, Pfund 1 10	
Holländer . . . Pfund 75 Pf.	Tilsiter vollfein, Pfd. 1 M 1.15
Edamer Pfund 78 Pf.	Schweizer ^{Pfd.} 1.10 ^{Stk.} 1.45
Steinbuscher . Pfund 98 Pf.	Briekäse Pfund 55 Pf.
Speisetalg 1 Pfund-Paket 52 Pf.	
Molkereibutter Pfund 1.88	Dänische Butter Pfund 2.06
Tafelbutter . . . Pfund 1.96	Margarine . . . Pfund 58 Pf.

Bruch-Reis Pfund 18 Pf.	
Weißbohnen Pfund 14 Pf.	Haferflocken . Pfund 23 Pf.
Linse Pfund 24 Pf.	Tafelreis ^{poliert} Pfund 24 Pf.
Grüne Erbsen . Pfund 34 Pf.	Weizengrieß . . Pfund 25 Pf.
Erbsen gelbe, poliert, Pfd. 36 Pf.	Valencia-Reis . Pfund 28 Pf.
Viktoria-Erbsen Pfd. 38 Pf.	Hartgrieß Pfund 29 Pf.
Spalt-Erbsen gelb, Pfd. 42 Pf.	Makkaroni ^{Hartgrieß} _{Bruch} Pfund 42 Pf.
Gebrannter Kaffee eigene Röster Pfund von 2.25 an	
Spezial-Mischung 20% Bohnenkaffee, Pfund 68 Pf. 40% 1.12	

Frisches Fleisch	
Kalbskamm u. Brust Pfund 68 Pf.	
Kalbsnierenbraten Pfund 75 Pf.	
Kalbskeule ganz und geteilt . . . Pfund 85 Pf.	
Schmorfleisch u. Roastbeef, mit Knochen Pfund 95 Pf.	
Suppenfleisch Pfund 75 Pf.	
Schweinebauch n. Rücken, mit Beilage Pfund 85 Pf.	
Schweinekamm u. Blatt Pfund 90 Pf.	
Käbler, Speer u. Kamm Pfund 1 05	
Lieser Pfd. 80 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf.	
Prima Ochsenfleisch, gefroren	
Suppenfleisch Pfund 48 Pf.	
Kamm u. Brust Pfund 55 Pf.	
Schmorfleisch mit Knochen . . Pfund 60 Pf.	

Fische	
Grüne Heringe 5 Pfund 45 Pf. und 60 Pf.	
Bratschollen Pfund 7 Pf. und 12 Pf.	
Kabeljau u. Seelachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 15 Pf.	
Goldbars ohne Kopf Pfund 20 Pf.	
Frische Bleie Pfund 28 Pf.	
Hechte frische, Pfund 45 Pf. lebende 85 Pf. 115	
Lebende Karpfen Pfund 110 an	
Wild u. Geflügel	
Wilde Kaninchen gestreift und ausgeworzen, Pfund 1 05 98 Pf.	
Junge Tauben Stück 85 Pf. 115	
Junge Enten Pfund 115	
Suppenhühner . . . Pfund 110 125 145	
Schneehühner Stück 160	

Der Stadthaushalt ein Nothaushalt!

Vorlegung des Haushaltplanes in der Stadtverordnetenversammlung.

Der neue Stadtkämmerer von Berlin legte gestern den vom Magistrat aufgestellten Entwurf des Stadthaushaltplanes für 1927 den Stadtverordneten vor. Die Beschlüsse, die er ihm mitgab, waren ein langes Klagespiel über die schlechte Finanzlage der Stadt. Daß die Stadt Berlin viel Geld braucht, aber wenig Geld hat, das war kurz der Sinn seiner einstündigen Rede. Die Berliner bringen mit ihren Steuern viel Geld auf, aber bei der Verteilung der Steuern fließt nur wenig davon an Berlin zurück. Diese Benachteiligung Berlins ist ein Skandal, der je länger je schwerer zu ertragen ist. Einen Nothaushalt nannte der Kämmerer den neuen Stadthaushaltplan, einen Nothaushalt, weil die Not weiter Kreise der Bevölkerung die Steigerung der Ausgaben fordert, aber die Not des Stadtsäckels dazu treibt, die Ausgaben einzuschränken. An Ausgabenstreichungen hat der Magistrat das Mögliche und Unmögliche geleistet — und doch hat er um Steuererhöhungen nicht herumzukommen vermocht. Wie die Fraktionen darüber denken, werden sie ihm erst in der nächsten Stadtverordnetenversammlung sagen.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten hielt der Kämmerer, Dr. Lange, eine längere Rede zur Begründung des Haushaltplanes für 1927.

Der Kämmerer betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die Aufstellung des Haushalts ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitet habe, daß diese Schwierigkeiten bei allen Gemeinden vorhanden sind, und daß sie mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, daß die Uebertragung immer neuer Lasten und Aufgaben auf die Gemeinden, ohne Ueberweisung entsprechender Mehreinnahmen auf die Dauer nicht tragbar ist. Der Steuerabbau im Reich sei zum erheblichen Teil auf Kosten der Gemeinden erfolgt. Besonders schwer ist diese Benachteiligung auch bei der Einkommensteuer. Sie soll nach dem örtlichen Einkommen verteilt werden, was für Berlin für 1927 einen Anteil von 110 Millionen Mark bedeuten würde. Berlin erhält aber nur 78 Millionen Mark. Es würden also nicht weniger als 32 Millionen Mark oder rund 30 Prozent des Berliner Einkommens an andere Gemeinden fließen! Immer wieder wird von gegnerischer Seite behauptet, daß es ja Berlin offenbar besser gehe als anderen Gemeinden, da es sehr viel niedrigere Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer erhebe. Diese Begründung ist falsch. Sie übersieht völlig die starke Belastung der Berliner Bevölkerung und des Berliner Gewerbes durch die Hauszinssteuer, von der Berlin mit 300 Millionen Mark mehr als ein Drittel des gesamten preussischen Einkommens trägt. Das alte Berlin war einst stolz darauf, mit Einkommensteuernzuschlägen von nur 100 Proz. auszukommen, obgleich die Steuerkraft dann vielfach nicht ausreichte, um die Gemeindeausgaben in dem notwendigen Maße durchzuführen.

So ist das neue Berlin von vornherein mit der Aufgabe beauftragt, in den Vorortgemeinden die Einrichtungen zu schaffen, die den Anforderungen einer Großstadt einigermaßen genügen und dies nicht einmal nur für die armen Gemeinden. Das reiche Wilmersdorf hatte beispielsweise trotz seiner rund 160 000 Einwohner weder ein Krankenhaus noch eine Badeanstalt! Diese Kommunalpolitik wirkt sich heute aus und belastet Berlin in starkem Maße. Diese Vorbelastung Berlins findet naturgemäß ihren Ausdruck am stärksten bei den einmaligen Ausgaben. Von ihnen entfällt der weitaus größte Teil auf das Verkehrswesen, für das 145 Millionen Mark in die außerordentliche Verwaltung eingestellt werden mußten. Beim Schulwesen mußten 9 Millionen Mark in die ordentliche Verwaltung eingesetzt werden, die vornehmlich dazu dienen, besonders in den neugebauten Teilen des Stadtgebietes die unbedingt notwendigen Schulgebäude zu schaffen. Der Ausbau des Fach- und Fortbildungsschulwesens sowie der zunehmende Besuch der höheren Lehranstalten erfor-

berte 21 Millionen Mark für Neubauten. Für die Tiefbauverwaltung sind rund 12 Millionen Mark in der außerordentlichen Verwaltung und 8,6 Millionen Mark in der ordentlichen Verwaltung vornehmlich für Straßen- und Brückenbauten eingesetzt. Das Gesundheitswesen erfordert 8,1 Millionen Mark. Hier mußte mit Rücksicht auf die Finanzlage beispielsweise auch der dringend erwünschte Ausbau des östlichen Pavillons im Krankenhaus Moabit zurückgestellt werden. Auch die Anforderungen für die Verwaltungsgebäude sind auf das allernotwendigste beschränkt worden.

Für die städtischen Betriebe enthält die außerordentliche Verwaltung außer den schon behandelten Beträgen für das Verkehrswesen je 10 Millionen Mark für die Stadtmüllerei und für die Wasserwerke und 3 Millionen Mark für den Bau einer Fleischgroßmarkthalle. Für den

Wohnungsbau

find keine Anleihemittel vorgesehen, vielmehr will der Magistrat eine Steigerung der Neubautätigkeit durch Herabsetzung der Hauszinssteuerhypotheken unter gleichzeitiger Uebernahme der Bürgschaft für zweite Hypotheken erreichen. Berlin hat in dem letzten Jahr über 110 Millionen Mark an Hauszinssteuer an den staatlichen Ausgleichsfonds abgeführt und bisher ganze 2 1/4 Millionen Mark daraus zurückgehalten, auch diese noch mit gewissen Beschränkungen. Diese Zurückhaltung erscheint geradezu ungeheuerlich angesichts der Tatsache, daß Berlin mit den ihm verbleibenden Mitteln im letzten Jahr zwar 13 000 Wohnungen bauen konnte, während 21 000 Familien neu zugezogen sind.

Im ganzen enthält der neue Haushalt an einmaligen Ausgaben der ordentlichen Verwaltung 41 Millionen Mark, in der außerordentlichen Verwaltung 232 Millionen Mark, von denen im ganzen 176 Millionen Mark durch neue Anleihen, einschließlich der bereits beschlossenen Verkehrsanleihe von 90 Millionen Mark, gedeckt werden müssen.

Der Kämmerer wandte sich mit aller Energie gegen die Behauptung, daß der Kredit Berlins durch die Anleihenwirtschaft untergraben sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Der Haushalt Berlins ist durch Anleihen nicht überlastet. Es ergibt sich im Gegenteil, daß den rund 600 Millionen Mark Anleihen, die ausgenommen sind, Anleihen im Betrag von über einer Milliarde Mark gegenüberstehen, die Berlin und seine früheren Vororte aufgenommen hatte.

Die laufenden Ausgaben betragen also 776 Millionen Mark und sind gegenüber den Zahlen des Haushalts 1926 um 11 Proz. gewachsen. Eine erhebliche Steigerung ist bei der allgemeinen Wohlfahrtspflege eingetreten; sie beruht auf dem starken Anwachsen der Zahl der Unterstützungsbedürftigen durch die anhaltende Wirtschaftskrise. Rechnet man die Erwerbslosen hinzu, so beträgt die Zahl der unterstützten Personen 16 Proz. der gesamten Berliner Bevölkerung. Die Kosten, welche der Stadt allein aus der großen Arbeitslosigkeit erwachsen, betragen 50 Millionen Mark. Die schwierige Wirtschaftslage wirkt sich auch bei den Kosten des Gesundheitswesens durch eine Steigerung der Bettenzahl und der Belegungszeiten aus. Unterricht und Bildungswesen erfordern laufende Mehrkosten von 8 Millionen Mark.

Die Steigerung bei den Verwaltungskosten ist ebenfalls vornehmlich auf die schwierige Wirtschaftslage zurückzuführen, die in großem Umfang zur Reueinstellung von Angestellten gezwungen hat, insbesondere für Steuerämter und Steuerkassen.

Um den Ausgleich des Haushalts zu ermöglichen, muß trotz aller Bedenken eine Erhöhung der Zuschläge zur Grundsteuer von 200 auf 230 Proz. und zur Gewerbesteuer von 425 auf 500 Proz., sowie ferner eine Erhöhung der Hundsteuer von 60 auf 80 M. vorgeschlagen werden.

Der Haushalt 1927 ist ein Nothaushalt. Die Streichungen betragen: 1926 rund 40 Millionen, 1926 rund 57 Millionen, 1927 rund 77 Millionen Mark.

Unsere heutige Wirtschaftslage gebietet, daß wir alles tun, um die Belastung unserer Bevölkerung und unseres Gewerbes auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Andererseits stehen wir in einem Zeitabschnitt, der für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt von allergrößter, vielleicht entscheidender Bedeutung ist.

Zu Beginn der Sitzung begründete zunächst Genosse Krabl eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen der fortgesetzten

Steigerung des Brotpreises.

Genosse Krabl sprach davon, wie der größte Teil der Bevölkerung seit Monaten mit Sorge die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel beobachtet. Der Getreidepreis sei seit dem Vorjahre um etwa 50 Prozent, die Kartoffeln bis zu 80 Prozent gestiegen. Im Juli v. J. kostete die Tonne Getreide 196 M., im Dezember aber 234 M., während beispielsweise der Vorkriegspreis 108 M. beträgt. Bei den anderen Lebensmitteln ist eine ähnliche Steigerung zu beobachten. Dagegen sind die Löhne und Gehälter nicht entfernt mitgekommen. Auf dem Getreidemarkt zeigt sich, daß die

Getreideverträge höchstens noch vier Monate reichen,

und so hat sich eine wilde Spekulation mit dem wichtigsten Lebensmittel, dem Brotgetreide, breitgemacht. Der Magistrat sollte diese Vorgänge scharf im Auge behalten und geeignete Maßnahmen ergreifen, damit der Bevölkerung das Brot nicht noch mehr verteuert wird. Namens des Magistrats betonte Stadtrat Busch, daß der steigende Brotpreis Gegenstand ständiger Aufmerksamkeit des Magistrats ist. Er hat sich mit Eingaben an den Landwirtschaftsminister und an den Deutschen Städteverband gewandt und dabei die Aufhebung der Zölle und ein Ausfuhrverbot für Brotgetreide verlangt. Es ist zu hoffen, daß der Magistrat Erfolg haben wird. — Die Zustimmung über die Herstellung einer Verbindungsstraße von der Französischen Straße durch die Ministergärten nach der Vennestraße ergab die Annahme des Ausschlußbeschlusses, nach dem der Magistrat ersucht werden soll, die Verhandlungen mit den Staats- und Reichsministerien zu beschleunigen und umgehend die Baupläne vorzulegen. — Die Weiterführung der städtischen Zuschüsse über den Oktober 1926 hinaus bis zum 1. April 1927 an die Privatinsassen Fied, Borrius, Kirstein und Ruche wird nach dem Antrage unserer Genossen beschlossen. Die Bedürftigkeit soll aber noch einmal geprüft werden und vor allem sollen nur solche Leuten aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, die keinerlei andere Zuwendungen erhalten. Dafür stimmen, entgegen ihrer bisherigen Uebung, auch die Kommunisten. — Ohne Debatten wurden die Jahresabschlüsse einer ganzen Anzahl städtischer Unternehmungen genehmigt.

Die Versammlung wandte sich dann der Beratung des sozialdemokratischen Antrages wegen der

Elektrifizierung der Stadtbahn bis Mahlsdorf

zu. Genosse Käning wies darauf hin, daß die Verkehrsmöglichkeiten nach Mahlsdorf nicht entfernt mit dem Wachsen der Einwohnerzahl Schritt gehalten haben. So wie der Betrieb jetzt aufrechterhalten wird, bedeutet er eine ständige Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung. Die Reichsbahn hat von sich aus nichts zur Aenderung unternommen, und so muß die Bevölkerung Hilfe suchen, wo sie sie findet. Es ist merkwürdig, daß die Elektrifizierung der Stadtbahn ausgerechnet vor der mit 80000 Einwohnern berühmten Siedlung Mahlsdorf haltmachen soll. Wir verlangen, daß mindestens bis dorthin elektrifiziert wird und ein Umbau des Bahnkörpers vorgenommen wird. Stadtbaurat Hahn: Die Stadt steht mit der Reichsbahn in Verhandlungen, und es besteht begründete Aussicht, den Wünschen der Mahlsdorfer entgegenzukommen, nur verlangt die Reichsbahn einen Teil der Baukosten als Darlehen. Der Magistrat will das tun. Dem Antrage wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Nach der Kämmererrede wurde noch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Zusammenlegung der Berliner Landgerichte behandelt. Genosse Weinberg nannte die Zerstückelung im Berliner Gerichtswesen ein Unikum, das auf der ganzen Welt nicht seinesgleichen habe. Bei fast ganz geleertem Hause wurde dem Antrage zugestimmt.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

40]

Die Mutter stieß einen Schrei aus.
„Um Gottes willen, was ist geschehen?“
„Ich nahm den Kleinen in meine Arme und trug ihn in die Küche; dort wusch ich die Wunden mit frischem Wasser aus. Alle waren herbeigeeilt. Alice berichtete: „Der große Hund vom Partierre ist auf Paul gesprungen und hat ihn gebissen.“
„Der Hund ist toll, holt rasch einen Arzt, das Kind ist vergiftet,“ rief der Vater.
Er stürzte zu ihm. Der Kleine war blaß vor Angst und sprach kein Wort. Als das Blut abgewaschen war, sah man zwei kleine Vertiefungen in seiner Wange.
„Um Gottes willen,“ rief die Mutter, „er ist ja ganz entstellt.“
„Urbertreibe nicht so, das ist nur eine kleine Wunde,“ meinte ich.
„Natürlich, weil es dem armen Kleinen geschehen ist,“ brüllte der Vater, „es ist nichts Bedenklisches, so sieht deine sogenannte Liebe zu dem Kinde aus.“
„Unerhört, diese Gleichgültigkeit,“ sagte die Mutter kopfschüttelnd.
Diesmal aber ließ mich ihr Reden kühn. Ich nahm Paul an der Hand, er presste krampfhaft die meine.
„Laut,“ sagte mein Vater, der immer nur kritisieren konnte, „wenn es etwas ernst ist, schnell ins Pasteurinstitut.“
„Ja, sofort ins Pasteurinstitut,“ wiederholte die Mutter.
„Selbstverständlich. Aber es wird gar nicht notwendig sein. Beruhige dich, es ist nur die Haut abgeschürft.“
Ich nahm den Kleinen in die Arme und ging, konnte aber doch die Worte des Vaters hören: „Nur die Haut abgeschürft! Siehst du, Mäme, wie recht ich habe, daß dieses Geschöpf ganz heillos ist.“
Nach ein paar Minuten war ich in der Apotheke. Der Apotheker untersuchte die Kratzenwunden.
„Es ist nichts, keine Gefahr zu befürchten.“
Er legte einen Verband an und klopfte Paul auf die Wange.
„Du hast wohl große Angst gehabt?“
„Ja.“

„In einem Monat wird man keine Spur mehr von deinem Abenteuer sehen.“
„Ich war nun ganz beruhigt und wir gingen langsam nach Hause. Mutter lächelte Paul leidenschaftlich. Ich beruhigte sie, alles wäre in Ordnung.“
„Aber ich habe wieder einmal gesehen, daß dein Vater recht hat und daß du Paulschen nicht so liebst, wie du vorgibst.“
„Wie meinst du das?“
„Wie ich es meine?“ Man mußte nur deine Gleichgültigkeit sehen, als er ganz blutig hereingekommen ist.“
„Weil ich nicht den Kopf verloren habe? Ich weiß ganz gut, wie sehr ich ihn liebe und wie sehr er mir zugetan ist.“
„Ich verließ das Zimmer und wußte nicht aus noch ein. Das Speisezimmer war glücklicherweise leer, ich zitterte bei dem bloßen Gedanken, mit jemand sprechen zu müssen. Ich nahm die Militärgeschichte von Wagn und setzte mich auf den Balkon. Mechanisch las ich einige Seiten über den Major Lamette, die Aufopferung des alten Offiziers erchien mir wieder wie beim erstenmal, schlicht und natürlich, ich empfand ein Gefühl des Neides. Diese Aufopferung war erhaben.“
Im Zimmer wurden Schritte vernehmlich, Alice deckte den Tisch. Ich fühlte das Bedürfnis, meine Musteln zu strecken.“
„Kann ich dir helfen?“
„Sehr gern,“ erwiderte sie lächelnd.
„Ich reichte ihr die Teller, sie erzählte mir von der Schule. Blichsch hielt sie inne, errödete ein wenig und sagte: „Du hüte dich vor André, er heßt Papa gegen dich auf, das ist ganz unnötig.“
„Das finde ich auch, aber wieso weißt du es?“
„Heute Morgen, als du mit Paulschen fort warst, hat Papa unaufhörlich über dich geschimpft und André hat ihm gesagt, daß du damals Rama verboten hättest, ihn aus dem Lyoner Spital nach Hause zu nehmen.“
„Ist das alles?“
„O nein. Du scheinst André eingeschärft zu haben, daß man Papas Rückkehr um jeden Preis verhindern müsse.“
„Ist das alles?“
„Sie zögerte.“
„Du weißt noch etwas, sag es mir.“
„Ich kann es dir schon sagen, du mußt mir aber schwören, daß du nicht darüber sprichst.“
„Ich verspreche es dir.“
„Er behauptet, daß du gesagt hast: Das ärgste ist nicht,

daß diese Kanaille stirbt, sondern daß sie Zwiespalt stiften wird.“
„So eine Lüge,“ rief ich.
„Sch! Du hast mir versprochen, nicht darüber zu sprechen.“
„Das ist aber wirklich zu stark, was haben sie nur alle gegen mich?“
„Wie sollte ich das wissen?“
„Ich ließ mich auf einen Sessel fallen. Alice kam zu mir, legte mir die Arme um den Hals, setzte sich auf meinen Schoß und küßte mich. Diese herzliche Regung tat mir gut, um so mehr, als meine Schwester sonst sehr zurückhaltend war; ich strich langsam über ihr blondes Haar.“
„Blichsch ließ mich ein leichtes Geräusch den Kopf wenden. An der Türschwelle standen Vater und Mutter. Er zeigte mit dem Finger auf mich. Sie ging mit raschen Schritten zu uns, riß Alice von meinem Schoß und sagte voll Verachtung: „Wirst du aufhören mit diesen Gemeinheiten?“
„Ich wich zurück: „Wie meinst du?“
„Ich frage, ob du mit den Gemeinheiten bald aufhören wirst?“
„Nun hatte ich verstanden.“
„Du hast ihr befohlen, so eine Gemeinheit zu sagen,“ schrie ich den Vater an.
Er wendete sich zur Mutter: „Sieh nur, wie er lobt, weil man ihn auf frischer Tat ertappt hat.“
Die Mutter sah Alice an der Hand und sagte ihr: „Sch verbitte dir, mit deinem Bruder allein im Zimmer zu bleiben.“
„Was,“ brüllte ich, „du wagst es, mir so etwas zu sagen? Du! Jetzt sehe ich, daß du nicht mehr wert bist wie dein Mann, diese Kanaille!“
Ein heftiger Stockhieb traf mich auf den Kopf, blichsch wendete ich mich um, entriß meinem Vater den Stock und hielt ihn fest. Durch das laute Sprechen angelockt, war André herbeigeeilt und stürzte sich auf mich. Ich packte ihn an den Schultern: „Wenn du mich anrührst, schlage ich dir den Schädel ein.“
Während ich dies sagte, versuchte der Vater, mir den Stock zu entreißen, ich warf ihn in einen Winkel, im Fallen zerhackte er eine Wafe. Wir standen einander gegenüber, auf dem Sprunge, uns zu schlagen. Seine Augen waren rot unterlaufen, Walle hatte sich in die Hornhaut ergossen. Er zitterte vor Wut und stammelte unzusammenhängende Worte.
(Fortsetzung folgt.)

Die Großbanken als Lehrmeister.

Zum Abschluß der Dresdner Bank. — Die Dividende von 8 auf 10 Proz. erhöht.

Die deutschen Großbanken gefielen sich schon immer in der Rolle volkswirtschaftlicher Lehrmeister der Öffentlichkeit. Der jetzt vorliegende Abschluß einer weiteren D-Bank, nämlich der Dresdner Bank, ist wieder ein treffendes Beispiel dafür, mit wie geringer Berechtigung das geschieht.

Der Geschäftsbericht meint, daß Deutschlands Außenhandel die starke Stütze, die er vor dem Kriege in der

Kaufkraft des inneren Marktes

gefunden habe, kaum wieder erlangen könne, solange er den wirtschaftlichen Befehlen des Dawes-Planes unterworfen ist. Wir wollen an der Bereitschaft der Dresdner Bank, zu ihrem Teile an der Erfüllung der Dawes-Befehle mitzuwirken, nicht zweifeln. Denn die Dawes-Befehle sind leider Bestandteil der deutschen Gesetzgebung. Aber wenn die Erfüllung der Dawes-Befehle gelingen soll, so ist der Weg, vornehmlich den Auslandsabfuhr zu steigern und die inländische Kaufkraftsteigerung zu vernachlässigen, angeht der von Dawes-Banken freien Auslandsabfuhr gesamt-wirtschaftlich sicher kostspieliger als die Steigerung des Inlandsabfuhrs. Ueberhaupt scheint uns die Diskussion des Trans-ferproblems die Möglichkeit von Dawes-Leistungen, über die sich auch die Arbeiterschaft absolut nicht zu freuen hat, aus der Steigerung des Inlandsabfuhrs sehr zu verdunkeln; denn ob die Kapitalrente des Inlands, oder Auslandsabfuhr steigt, ist sachlich dasselbe, und für den praktischen Transfer muß sich ebenso eine Lösung finden lassen, wie bei den Auslandsanleihen, die entgegen aller Theorie keineswegs eine entsprechende Steigerung der Wareneinfuhr mit sich bringen. Das muß gefordert werden, weil man die Steigerung des Inlandsabfuhrs gerade mit Rücksicht auf die Dawes-Banken immer stärker zugunsten des Exportes vernachlässigt. Das ist, privatwirtschaftlich gesehen, allerdings verständlich. Denn wenn man im Ausland den Markt ausdehnt, so gewinnt man in der zunehmenden Auslandsabfuhr eine Abgabebasis, für die die Auslandsabfuhr in Löhnen, Gehältern, Sozialkosten und Steuern die Kosten zu tragen hatte. Auf der anderen Seite wird die Stärkung des Inlandsabfuhrs bewußt von Industrie und Banken sabotiert, weil das Unternehmertum weiß, daß bei der Ausdehnung des Inlandsabfuhrs die Kosten in der Hauptsache von ihm selber zu tragen sind. Es ist deshalb auch falsch, wenn der Geschäftsbericht der Dresdner Bank die machende internationale Kartellierung unter deutscher Führung damit in Zusammenhang bringt, daß der Inlandsabfuhr zu schwach sei. Einmal will die internationale Kartellierung ebenso wie die nationale auch die einheimischen Märkte, die ohne Kartelle und Verbände an sich schon kaufkräftiger wären, stärker ausbeuten als vorher. Zum anderen dienen auch internationale Kartelle dazu, Konjunkturrisiken auf andere weniger stark kartellierte Gewerbe abzumägen.

In ähnlich falscher Richtung wird von der Dresdner Bank ge- tippt, wenn sie von der ökonomischen

Besserstellung der Landwirtschaft

eine Stärkung des Inlandsmarktes erwartet. Die Landwirtschaft ist in erster Linie Käufer von Produktionsmitteln. Wenn zum Abfuhr der agrarischen Produkte aber die Kaufkraft der Kon- sumenten fehlt, so fehlt der Landwirtschaft auf die Dauer auch die Kaufkraft für industrielle Produktionsmittel. Ein stärkerer Konsum der Landwirtschaft für Verbrauchswaren ist aber nur möglich, wenn sie die breite Masse der nichtlandwirtschaftlichen Konsumenten durch höhere Preise stärker ausbeutet. Ein höherer Reinertrag der Landwirtschaft ist deshalb von vornherein nur durch die Kaufkraftsteigerung der breiten vergehenden Klassen möglich, wodurch sich die These von der so notwendigen ökonomischen Besserstellung der Landwirtschaft als ein ökonomischer Irrweg er- weist, solange sie nicht durch ökonomische Besserstellung der breiten Konsumentenmassen herbeigeführt wird. Die von der Dresdner Bank natürlich auch beklagte Fortdauer der Woh- nungszwangswirtschaft in den Städten könnte bei ihrer Aufhebung wohl zur Erhöhung der Mieten, kaum aber zur Steige- rung der Erträge auf Dauer führen, wenn man nicht eine systematische Steigerung der Kaufkraft der Mieter zugleich vor- nimmt, die die höheren Mieten zahlen sollen. Kame es aber selbst zu größerer Kapitalbildung bei den Hausbesitzern, so würden entweder neue Häuser gebaut, für die die kaufkräftigen Mieter fehlen, oder aber neue Fabriken und noch mehr Waren erzeugt, mit denen man die ohnehin schwierigen Kon- junkturverhältnisse auf dem Weltmarkt noch mehr erschwert.

Zur Steuer- und Lohnpolitik

verrät die Dresdner Bank ähnlich kurzfristige Standpunkte. Daß es viel weniger auf die Senkung der Steuerlast und die Verringerung der Staatsausgaben als auf die wirtschaftlichste Bewertung der Steuern ankommt, und daß eine wirtschaft- lichere Verwertung der Steuern infolge der größeren Kaufkraft des Staates der Privatwirtschaft nur nützen könnte, das sieht die Dresdner Bank natürlich nicht. Ueber die Rolle der Lohnerrhöhung in diesem Zusammenhange ist kein weiteres Wort mehr zu verlieren. Aber wie die Dresdner Bank sich über die Wirkungen der

Arbeitslosigkeit äußert, ist schon der Höhepunkt von Ver- ständnislosigkeit. Daß die Erwerbslosen lieber nicht arbeiten, weil sie ja ohnehin versorgt werden, eine solche Behauptung ist einfach eine Rohheit. Es ist aber eine Blattheit sonder- gleichen, wenn man aus der Drosselung der Unterstützung der Er- werbslosen in ähnlicher Weise mehr Beschäftigung erwartet, wie der „Verkehr den Verkehr und Arbeit neue Arbeitsmöglichkeiten“ er- zeuge. Daß nur wirtschaftlichere und wirkungsvollere Ar- beit neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen kann, weil sie Preisentzungen und größeren Absatz erlaubt, diese ABC-Schülerweisheit hat auch die Dresdner Bank hier wieder vergessen. Im übrigen ist der

Abschluß der Dresdner Bank

in vieler Hinsicht beachtenswert. Die Dresdner Bank ist mehr auf das Handels- und Kundengeschäft als auf das Effekten- geschäft eingestellt; zum anderen hat sie als Mutterbank ihrer Ö- konomischen Abteilung ein größeres Referat für die Zuführung neuer Mittel. Der ganze Abschluß zeigt aber, wie fruchtbar die stärkere Pflege des Kreditgeschäftes unter den heutigen Verhältnissen sein könnte, im Gegensatz zur Effekten- und Börsenspekulation, wenn das Kreditgeschäft nur mehr gepflegt werden würde. An der Umgestaltung der Dresdner Bank von rund 119 auf 142 Milliarden Mark ist tatsächlich das eigentliche Kreditgeschäft viel stärker beteiligt als das Börsen- und Emissionsgeschäft, und zwar in wohlweislichem Gegensatz zu den übrigen bisher bekannten Groß- bankabschlüssen. Der 33prozentigen Steigerung der Einlagen und Kontokorrenten gegenüber auf 1352,7 Millionen Mark steht eine mehr als 50prozentige Erhöhung der Wechselbestände gegenüber (377,7 gegen 252,8 Millionen). Die Darlehen auf Waren sind, wenn man die erheblichen Preisentzungen für Baumwolle, Kupfer usw. berücksichtigt und wiederum im Gegensatz zu anderen Banken, trotz des absoluten Rückganges von 138,8 auf 128,8 Millionen relativ gestiegen. Die Kontokorrentdarlehen sind von 460,9 auf 581,8 Millionen erhöht. Demgegenüber sind die Bördendarlehen nur um 110 Millionen auf 145,8 Millionen angewachsen, also „nur“ verdreifacht. Allerdings hat auch die Dresdner Bank die durch be- sondere Pfänder gedeckten Kredite im Verhältnis zu den ungedeckten außerordentlich gesteigert, und der ungesunde Charakter dieser Ausdehnung wird auch durch das Vorgeben nicht abgeschwächt, daß sich wenig Gelegenheit zu ungedeckten Krediten gegeben hätte. Natürlich erzielt auch die Dresdner Bank

besonders große Gewinne.

Ihr großes Kreditgeschäft veranlaßt trotz der Senkung des Zins- niveaus eine Verringerung der Diskont- und Zinsentnahmen um nur eine halbe Million auf 30,28 Millionen Mark. Provisions sind von 37,0 auf 55,9 Millionen gestiegen. Der gesamte Rohgewinn von 70,96 Millionen wird aber trotz der fast 20prozentigen Erhöhung des Umsatzes mit Handlungskosten belastet, die mit 54,5 gegen 55,1 Millionen noch um eine halbe Million niedriger sind als im Vorjahre. Wenn man bedenkt, daß das gewaltig aus- gedehnte Geschäft zu geringeren Kosten und gleichzeitiger mit einem um über 800 Personen verringerten Personal be- mähtigt worden ist, so kann man sich vorstellen, welche Belastung des Personals dabei entstanden ist, mag die organisatorische Rati- onalisierung auch noch so weit getrieben worden sein. Der mit 11,21 gegenüber 8,67 Millionen ausgewiesene Reinertrag er- schöpft die tatsächlichen Gewinne natürlich lange nicht. Sämtliche Effektergebnisse sind vorweg reserviert, Beteiligungen, Effekten- fonds und Gebäude enthalten riesige stille Reserven, die zum Teil sofort greifbar sind. Außerdem sind fast 5 1/2 Millionen Kurs- gewinne aus der letzten Kapitalerhöhung gemacht worden.

Wenn die Dresdner Bank jetzt ihre Dividende von 8 auf 10 Proz. erhöht, so schließt sie also nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil ihrer tatsächlichen Gewinne aus. Sie beweist sich also gegenüber den Aktionären und gegenüber der Öffentlichkeit als recht geschicklich. Es wäre nur zu wünschen, daß sie wie die anderen Großbanken sich auch in volkswirtschaftlichen Dingen ein kleines bißchen geschickter erweisen würde.

Arbeiterwohnungsbau auf Staatsdomänen.

Ein preußischer Kredit von 2,3 Millionen.

Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Ge- sehtensentwurf zur Begünstigung überwiegen, demzufolge dem Staats- ministerium ein Betrag von 2,3 Millionen Mark zur Ver- mehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnun- gen nebst Zubehöre auf den Domänen zur Verfügung gestellt wird. Wie der Amliche Preussische Preßedienst aus der Be- gründung mitteilt, ist dieser Betrag notwendig, zumal die der Staats- domänenverwaltung vom Landtag zur Erfüllung der gleichen Auf- gabe bemittelten Mittel nahezu erschöpft sind. Zum gleichen Zwecke wurde bisher vom Reich und Preußen der, preussischen Staats- domänenverwaltung ein Betrag von insgesamt 2,5 Millionen Mark aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge überwiesen.

Noch ansteigender Güterverkehr.

Die Kurve der Reichsbahn für die Güterverfrachtung zeigt weiterhin aufwärts. Pro Arbeitstag hat sich die Wagengestellung in der Woche zum 26. Februar von 135 800 auf 137 500 gegenüber der Vorwoche erhöht. In der ganzen Woche ist die Güterwagen- gestellung von 815 000 auf 825 000 gestiegen.

Tabellarische Uebersicht seit Dezember. (In 1000 Stück)

Woche	1926	1925	1926	1925
			durchschnittlich pro Arbeitstag	
28. 11.— 4. 12.	907,2	781,4	151,2	122,0
5. 12.— 11. 12.	881,0	702,4	146,8	117,1
12. 12.— 18. 12.	872,4	717,1	145,4	119,5
19. 12.— 25. 12.	882,3	454,6	132,5	113,6
26. 12.— 1. 1.	802,0	500,2	120,4	100,0
	1927	1926	1927	1926
2. 1.— 8. 1.	721,8	602,2	120,2	100,3
9. 1.— 15. 1.	778,1	644,1	129,7	107,4
16. 1.— 22. 1.	790,8	633,0	131,7	105,5
23. 1.— 29. 1.	793,4	657,0	132,2	111,2
30. 1.— 5. 2.	795,8	689,4	132,6	111,4
6. 2.— 12. 2.	802,9	668,8	133,8	111,6
13. 2.— 19. 2.	815,0	672,1	135,8	112,0
20. 2.— 26. 2.	925,0	688,4	167,5	113,9

Das Tempo der vermehrten Wagengestellung ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, wo allerdings schärfste Krise herrschte, stärker. Mehr als eine saisonmäßige Steigerung dürfte aber bisher nicht festzustellen sein, da die Kurve der Wagengestellung der Ziffer der letzten Woche vor Weihnachten 1926 nur ziemlich langsam sich nähert.

Kommunale Ferngasversorgung. Die Organisation der Kom- munen zur Durchführung der Ferngasversorgung in eigener Regie macht weitere Fortschritte. Nach Besprechungen mit Ver- tretern des Städtebundes, des Reichsstädtebundes, der Landkreise und Landgemeinden hat der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen vorläufige Richtlinien als Grundlage für weitere Ver- handlungen aufgestellt. Um die Einheitlichkeit des Vor- gehens sicherzustellen, wird sich der Provinzialverband mit 200 000 Mark an kommunalen oder gemischtwirtschaftlichen Unter- nehmungen beteiligen, die der öffentlichen Gasversorgung dienen. Ferner soll der Provinzialausschuß ermächtigt werden, für Vorleben solcher Unternehmungen bis zum Betrage von 5 Millionen Mark die selbstschuldnerische Bürgschaft zu über- nehmen. — Auch die private Deutsche Kontinental- Gas-A.-G. in Dessau baut ihre zahlreichen Betriebe zur selbständigen Ferngasversorgung aus. Von ihrem Gaswerk in Dessau, das schon drei Städte versorgt, soll eine Fernleitung bis Eisleben gelegt werden. Sieben Gaswerke, die auf der Fern- leitungsstrecke liegen, sollen stillgelegt werden. Ferner soll aus dem Weihenstepfer Gaswerk die Fernversorgung zweier weiterer Städte durchgeführt werden.

Rationalisierungserfolge im Braunkohlenbergbau. Die Braun- schweigischen Kohlenbergwerke in Helmstedt, eine Aktiengesellschaft, an der das Reich durch die Elektrowerke A.-G. und das gemischtwirtschaftliche Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk maßgebend beteiligt sind, hat im Geschäftsjahr 1926 bei wenig ver- änderter Förderung an Rohbraunkohle die Bruttofabri- kation um mehr als 4 Proz. vergrößert, obwohl sich die Belegschaft um 4,3 Proz. zum Jahresende 1926 verringert hat. Gleichzeitig konnte, bei einer Mehrproduktion von nur 2 Proz. Rohkohle für Bruttofabrikation und Eigenverbrauch, die Erzeugung an elektrischem Strom gegenüber dem Vorjahre von 105,0 auf 112,9 Millionen Kilowattstunden gesteigert werden (7,5 Proz. mehr), wovon 72,10 Millionen gegen 67,23 Millionen im Vorjahre (7 Proz. mehr) nutzbar abgegeben wurden. Der Selbstverbrauch an Elektrizität (einschließlich Deputate) ist von 6,1 auf 5,9 Proz. der Ge- samtproduktion herabgedrückt worden. Im Zusammenhang mit der verbesserten Ausnutzung der Produktion hat die Gesellschaft, deren eigentliche Betriebsrationalisierung durch Zusammenlegung der Tagebau- und Stilllegung der Schachtanlagen bereits 1925 abge- schlossen war, ihren Rohgewinn weiter auf 26,75 Millionen Mark gegen 26,13 im Vorjahre erhöht, während die Betriebsausgaben nur von 22,62 auf 22,82 Millionen Mark angestiegen sind. Der Reiner- gewinn stellt sich auf 1,55 Millionen gegen 1,52 Millionen im Vorjahre; an Dividende kommen wieder 10 Proz. zur Auszahlung, während bereits vorher 1,31 Millionen Mark zu Ab- schreibungen vermandt und 816 000 Mark für Neuanlagen und Neu- anschaffungen verordnet wurden.

Ein 65-Millionen-Auftrag für die Julius Berger Tiefbau A.-G. Die Firma Julius Berger Tiefbau A.-G., Berlin, dürfte den großen Eisenbahnvertrag von 250 Kilometer in der Türkei endgültig er- halten. Es handelt sich um ein Bauobjekt von etwa 65 Millionen Mark, dessen Ausführung sich auf fünf Jahre erstreckt wird.

Ein siedlungswissenschaftlicher Lehrgang. Der Rat der Stadt Leipzig veranstaltet in Gemeinschaft mit anderen Körperschaften vom 14. bis 31. März 1927 einen Lehrgang über das deutsche Siedlungsweisen in Stadt und Land. Leitung und Organisation des Kurzes liegen in den Händen des Deutschen Archivs für Siedlungsweisen (Anschrift bis 12 März: Berlin, Luisenstr. 27/28, ab 13. März für die Dauer des Kurzes: Universität Leipzig), das alle Auskünfte erteilt und auf Wunsch Prospekte versendet.

Neueste Frühjahrsmoden

Billigste Preisbemessung

Frühjahrsulster glatte und gestrichelte gebucheneerige Stoffe	36.—	Herrenbaletot aus marocain Cheviot u. Meltonstoff, je nach Qualität 60.—, 70.—, 80.—, 90.—	42.—	Eodenmäntel für Damen und Herren, impregniert, beschib., farben 21.—, 27.—, 31.—	18.—
Herrenulster gemusterte Cheviotstoffe, glatte Form oder mit Gürtel	55.—	Herrenmimantel Röyer, Cabercoat, Damgal, je n. Qual. u. Art 26.—, 34.—, 42.—, 50.—, 58.—	10.90	Wettermäntel für Damen und Herren, aus reiner Imp. Kamelhaarwolle, je nach Qualität 30.—, 35.—, 40.—	42.—
Herrenulster farbige u. glatte Cabercoat, Gabard. u. Bontschelotte, eleg. Verarbeitung 60.—	75.—	Damenmimantel aus Röyer, Garbarbine, Popeline, versch. gem. je nach Qualität und Art 16.—, 20.—, 24.—, 28.—, 32.—, 36.—	14.50	Sabardinemantel aus impreg. Wolle, beschib., u. Impregniert, je nach Qualität und Art 12.—, 15.—, 18.—, 21.—, 24.—, 27.—, 30.—	60.—
Herrenulster flacher, Regenmäntel u. Mäntel, aus brack Stoffen	80.—	Flotter Kassa-Mantel	15.—	Windjaden aus impreg. Stoffen, für Damen von 12.—, für Herren von 6,75, Bängling 6,25, Knaben von	5.75
Sportbaletot Cabercoat, beschibene Qualität 60.—, 75.—, 90.—, 105.—	50.—	Dam.-Frühjahrsmäntel aus impreg. Stoffen 6.—, 8.—, 10.—	28.—		

Überragende Qualitäten

Sattoanzüge mod. gemust. Stoffe 60.—, 80.—, 100.—	24.—
Sportanzüge Wandfeller, von 20.—, aus gemusterten Stoffen von	24.—
Herren-Ledersportjade	59.—
Damen-Ledersportjade	115.—

Siehe Prospekt

Baer & Sohn AG

Berlin N 4. Chausseestr. 29/30 # UNTERGR.-BAHN; STETTINER BAHNHOF

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin 63, Lindenstraße 2.

Bezirkstag.

Der ordentliche Bezirkstag findet am Sonntag, dem 10. April 1927, im Sitzungssaal des Preussischen Staatsrats, Leipziger Str. 3, statt. Beginn vormittags 9 Uhr. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des Bezirksvorstandes, der Revisoren und der Vertretung der Frauen, Neuwahl der Pressekommission, des Bezirksbildungsausschusses, der erwachsenen Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Bezirksauschusses für Arbeiterwohlfahrt. 3. Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag in Kiel. 4. Anträge.

Der Bezirksvorstand behält sich vor, die Tagesordnung noch zu erweitern. Anträge und Vorschläge zum Bezirksvorstand und den sonstigen zu behandelnden Vertretungen sind dem Bezirkssekretariat feinemäßig einzureichen. Ebenso Namen und Adressen der gewählten Delegierten. Mandatsformulare gehen den Abteilungen rechtzeitig zu. Der Bezirksvorstand.

4. Kreis Kreuzberg, Arbeiterwohlfahrt: Die Forderung durch den Einbehold muß umhinbehalten auf Sonnabend, 19. März, verlegt werden. Rückfragen im "Vorwärts".

6. Kreis Kreuzberg, heute, Freitag, 11. März, 7 1/2 Uhr, bei Rade, Schillerstr. 59, Kreisdelegiertenversammlung. Tagesordnung: Vortrag: "Der Reichsparteitag". Besprechung der Kreisdelegierten im oberen Saal. — Die Abteilungsleiter der Kommunalen Kommission treten um 6 1/2 Uhr zu einer Sitzung im oberen Saal (Eingang) zusammen. 18. Kreis Köpenick, heute, Freitag, 11. März, 8 Uhr, im Stadttheater, Theaterstr. 10, Kreisdelegiertenversammlung. Tagesordnung: Vortrag: "Der Reichsparteitag". Referent: Fritz Ciespion, W. d. A. Die Abteilungsleiter sind unbedingt erforderlich.

Heute, Freitag, 11. März:

1. WM. 7 1/2 Uhr bei Demm, Schlegelstr. 9, Sitzung der in der Kommunalen Kommission tätigen Genossen. Referent: Stadtschreiber Riese. Kinderkranke Zehnhof, Humarischer Kinderkranke mit Lichtbildern von 4-6 Uhr bei Demm, Rade, Potsdamer Str. 25. Zur Deckung der Unkosten zahlt jedes Kind 20 Pf.

Jungsozialisten.

Gruppe Mitte: heute, Freitag, 11. März, 8 Uhr, in der Schule Gipsstr. 2a. Vortrag: "Psychologie und Kunst". 2. Abend. Referent: Frau Depnitz. Partei-genossen und Gäste sind willkommen. — Gruppe Köpenick: heute, Freitag, 11. März, im Jugendheim Dampferstr. 15 (Ostmarken) Köpenick. Besprechung des Monatsprogramms. Erscheinen sämtlicher Mitglieder hierzu erwünscht. — Gruppe Wedding-Gesundbrunn: heute, Freitag, 11. März, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim des Redigens am Neumannplatz, Eingang Driestrasse 10, Arbeitgemeinschaft über das Thema: "Die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx". Referent: Genosse Dr. Fabian. Sämtliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. — Gruppe Tiergarten: nächste Gruppenversammlung am Sonnabend, 12. März, 8 Uhr, im Jugendheim Bremer Ecke Miesestr. 6, Diskussionsabend. Referent: Otto Sänchen. Sitzung! Am 2. März spricht Genosse Wendt bei Ran in der Gesamteranstaltung der KGB. Wir erwarten das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen am kommenden Sonnabend. Gäste sind herzlich willkommen. — Gruppe Prenzlauer Berg: am Sonntag, 13. März, Zusammenkunft der nächsten Jungsozialistengruppen im Redigens am Neumannplatz. Wir treffen uns 6 1/2 Uhr am Bahnhof Prenzlauer Berg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Gesamteranstaltung der nächsten Gruppen am Sonnabend, 12. März, im Jugendheim des Redigens am Neumannplatz. Eingang: Schlegelstr. 1. 8. 30. 7 1/2 Uhr. Genosse Frau Depnitz spricht über das Thema: "Demokratie und Diktatur". Die Genossen und Genossinnen der übrigen Gruppen sind herzlich eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. WM. Unser hochverdienter Genosse Philipp Hummel senior, Sophienstr. 3, ist verstorben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Beerdigung am Freitag, 11. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Gieselerstr. 10. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. 2. WM. Schneider, Unter Genossin Kowalewski, Seefriedenweg (7. Bezirk), ist am Montag, 7. März, verstorben. Ehre ihrem Andenken. Beerdigung am Freitag, 11. März, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, dem 10. März.
1. Rennen. 1. Frida Wagoman (Ch. Mills), 2. Luise B. (Schmidt), 3. Friedrich Reiz (E. Mills). Toto: 14: 10. Platz: 15, 55, 25: 10. Ferner liefen: Djean Girl, Renos I, Dolina, Jeanette, Sonntagspring, Good Boy, Mona B., Ludora, Ranganarés.
2. Rennen. 1. Donator (Herm. Schlesiener), 2. Rolante (Schmidt), 3. Sabana (Bergemehl). Toto: 54: 10. Platz: 12, 16, 12: 10. Ferner liefen: Weilerjäger, Feilmeßla, Weilerfreude, Campanula, Daintiensens.
3. Rennen. 1. Dina Wallis (H. Schröder), 2. Potsdam (H. Weiz), 3. Ledebame (H. Ringius). Toto: 95: 10. Platz: 17, 12, 27: 10. Ferner liefen: Eitelried, Vungenstein B., Alpenkönig, Luz, Wodebame, Ludmig, Hellina, König Robert.
4. Rennen. 1. Katter (H. Finn), 2. Peter Garbeler (H. Grube), 3. Landstreicher (H. Mills). Toto: 66: 10. Platz: 29, 67, 20: 10. Ferner liefen: Barometer, Ruda, Dunajec, Flamingo, Barmaid, Baron Krowitza, Franziska, Ampatore, Kohlenkönig, Blaumeise, Gaiac Krowitzy, Frankenstein, Krowitza B.
5. Rennen. 1. Dillondar (H. Köpfe), 2. Veironella H. (Hanka), 3. Kalkstein I (D. Keller). Toto: 36: 10. Platz: 18, 23, 75: 10. Ferner liefen: Capt. Leebberg, Salome, Abdallah Silber, Propeller, Goldstein, Einigkeit, Linddorn, Ellen, Herrigau jr.
6. Rennen. 1. Karneval (H. Mills), 2. Kammerjäger (H. Dedert), 3. Roordahl (Ch. Mills). Toto: 44: 10. Platz: 12, 14, 11: 10. Ferner liefen: Sejadell, Margot I, Jean Worthe, Ward B.
7. Rennen. 1. Belwin (Kauf jr.), 2. Gotta (Herm. Schlesiener), 3. Wagoman jr. (Ch. Mills). Toto: 55: 10. Platz: 22, 33, 17: 10. Ferner liefen: Denfmünze, Erdgral, Duff quast, Venus, Onajon, Admängler, Alud.
8. Rennen. 1. Kinofern (H. Mills), 2. Weinbrand (H. Treuberg), 3. Benedict (H. Ringius). Toto: 18: 10. Platz: 14, 25, 26: 10. Ferner liefen: Gachhöferin, Galanova, Lindcott jr., Arzteufelchen, Hadula, Ceipa, Hofmeisterin B., Baron Silberer, Korgetaus, Kinofinglin.

Musikaufträge überlegt man nur dem Ratweiss des Deutschen Musikerbundes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Pöhlhoff 8278-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertretersbesuch.

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
12 Uhr: Mittags-Konz.
8 Uhr: 9. Sinfon.-Konz.
Schauspielhaus
8 Uhr: Hamlet,
Schiller-Theater
8 Uhr: Journalisten

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Der Barbier von Sevilla

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 Uhr:
Bonaparte

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 Uhr:
Letzte Aufführungen
Die Gefangene

Volksbühne
Theater am Blüowplatz (Th. am Schiffbauerdamm)
8 Uhr:
Volpone

Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltstädtische
James-Klein-Revue
Sonntags nachm. 1. Kind frei
bei halben Preisen.
Theaterkasse ab 19 Uhr ausverkauft geöffnet.

CASINO-THEATER
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit
Familie Habenichts!
Anschneiden 1. Gutscheine 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Wallner-Theater
8 1/2 Uhr: Der Schläger 8 1/2
Das blonde Wunder

HAGENBECK
Ab Sonnabend, 12. März, abendwärts:
Der Mensch
als
Granate

Walthalla-Theater
Walthallastr. 11, 8 1/2 Uhr:
Ben Hur

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Nachmittags: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Varieté, Konzert, Tanz.

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
Operette von Max Hopp,
Altmann, Kuck, Knauth,
Schwarz, Wilton, Köhne

Riesenbrille
50 u. 60 Pf. Viele Scherz-
Neuheiten! März an
Dutzend von 30 Pf. an.
Alle Fest- und Vereins-
Artikel sehr billig.
Markgrafenstr. 68/4
an der Lindenstraße

Ohne Anzahlung
12 Monatsraten
RADIO Antennen
VERLANGEN SIE UNVERBUNDEN VERTEILERZEUGUNG
RADIO GM
BERLIN W 30 KURFÜRSTENDAHM 49
TEL. BISMARCK 4293-95

SLEIPNER
Gerade für Berlin,
wo man gerne leichte Cigaretten raucht,
ist unsere Sleipner wie geschaffen.
DIE
SLEIPNER 5PF
ist mild und doch nicht fade,
vollaromatisch und doch leicht.
A'BATSCHARI
CIGARETTENFABRIK A.G.

Gerade für Berlin,
wo man gerne leichte Cigaretten raucht,
ist unsere Sleipner wie geschaffen.
DIE
SLEIPNER 5PF
ist mild und doch nicht fade,
vollaromatisch und doch leicht.
A'BATSCHARI
CIGARETTENFABRIK A.G.

Ben Hur
Schauspiel in 7 Akte.
Vorzeiger dieses zahl-
reichen für Park. 60 Pf.
Sonntag, nachm. 3 Uhr.
Struwelpeter

Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Nachmittags: halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Brett!
Varieté, Konzert, Tanz.

Zentral-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der blonde Zigeuner
Operette von Max Hopp,
Altmann, Kuck, Knauth,
Schwarz, Wilton, Köhne

Riesenbrille
50 u. 60 Pf. Viele Scherz-
Neuheiten! März an
Dutzend von 30 Pf. an.
Alle Fest- und Vereins-
Artikel sehr billig.
Markgrafenstr. 68/4
an der Lindenstraße

Winter Variete Garten
Rauchen gestattet
8 Uhr
gestaltet

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Sonntag, den 13. März, vormittags
9 1/2 Uhr, im Café von Krawitz,
Cienstrahe 185
Gruppenversammlung
der Schar- und Werkzeugschleifer.
Tagesordnung: 1. Neuwahl der
Gruppenleitung. 2. Gruppenangelegen-
heiten. 3. Bericht des Vorstands.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Funkhaus
Deutscher Rhein / Deutscher Wein
Heute, 7 Uhr: Letztes großes
Rheinisches Winzerfest
Gastspiel
Wanda Treumann und Viggo Larsen
in ihrem Sketch: "HERZKRANK"
Kabarett, Gesang und Tanz
Eintrittspreis nur M. 1,50
Sonntag, den 13. März, ab nachm. 4 Uhr:
Rheinfahrt d. „Berliner Hausfrau“
(Hackebell-Sopderveranstaltung)
Sonntag, den 13. März, 3 Uhr:
(Schlußtag der Ausstellung)
Abschied vom Rhein
Eintrittspreis MK. 2,-

Erk Charell bringt:
Wie einst im Mai
mit
Alfred Brann
Camilla Spira
Donors, Kupler,
Bendow West-
meier u. A.
Don Farkers
Jazz-
Orchester
New-York
u. viele mehr
tägl. 8 Uhr
Sonntags 3 Uhr
mit halben Preisen
Im Großen Schauspielhaus

Berliner Handels-Gesellschaft.

Bilanz vom 31. Dezember 1926.

Soll.		Haben.	
Kasse	7.950.021,82	RM	RM
Guthaben bei Banken und Bankiers	50.954.159,06		
Wechsel und Devisen	71.296.050,23		
Verzinsliche Schatzanweisungen	7.646.222,35		
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	63.115.690,21		
Verschüsse auf Waren und Warenverschiffungen (davon gedeckt RM 16.138.695,15)	32.874.171,35		
Schuldner			
Gedechte	RM 96.065.860,10		
Ungedechte	28.069.842,72	125.035.402,82	
Wertpapier- und Konsortial-Konto	17.990.540,57		
Bankgebäude	5.000.000,—		
Sonstiger Grundbesitz	2.367.000,—		
Bürgschaften	RM 9.247.218,34	388.619.199,31	
Commandit-Kapital	RM 22.000.000,—		
Gesetzliche Rücklage	5.000.000,—	27.000.000,—	
Gläubiger	349.873.139,63		
Akziepte	5.227.291,35		
Rückständige Gewinnanteile	30.496,50		
Bürgschaften	RM 9.247.218,34	3.987.280,83	
Reingewinn		388.619.199,31	

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1926.

Soll.		Haben.	
Verwaltungskosten (einschl. Tantiemen)	5.558.302,59		
Steuern	1.816.503,80		
Pensionsleistungen	303.985,—		
Reingewinn	3.988.280,83		
Verteilung des Reingewinns:			
4 1/2% Gewinnanteil auf das Commandit-Kapital	RM 880.000,—		
Gewinnanteil des Verwaltungsrats	197.797,20		
8% weiterer Gewinnanteil auf das Commandit-Kapital	1.760.000,—		
Vortrag auf neue Rechnung	1.150.483,53	3.988.280,83	
		11.957.072,22	
Vortrag aus 1925		RM	RM
Zinsen, Wechsel und Devisen	522.982,07		
Provisionen	6.414.161,42		
Effekten- und Konsortialgewinne	3.568.068,88		
	11.513.898,85	11.957.072,22	

Berliner Handels-Gesellschaft.
Förstenberg, Stiens, Jelds,
Bieber, H. Förstenberg.

Weine billig und gut!

- 1925er Edenkoberer süßig 1/2 Fl. 0,85
- 1922er Obermosler würzig 1,05
- 1922er Kallstädter kernig 1,05
- 1922er Liebfrauenmilch vollmundig 1,30
- 1922er Rudesheimer Berg blumig 1,40
- 1922er Clüsserather St. Michel Wachstum Passian 2,80
- 1928er Dürkheimer Feuerberg kräftig 1/2 Fl. 1,15
- 1922er Clos de Longueville fruchtig 1/2 Fl. 1,30
- Popelnwein, ärztlich empfohlen, Originalflasche 1,50
- Bitte unbedingt bei der Auswahl auf Hermann MEYER & Co. L. G. Filialen

in den ca. **550** Filialen

Vor der Elbe.

Von Hans Friedrich Blund.

Das Mittagslicht sprang in gelben Blättern von Welle zu Welle, ein warmer schöner Tag lag über der See. Das Boot, das im frischen Wind von der Elbmündung auf die Scharhörnbake zuhielt, schnitt schnurgerade durch die kleinen sprühenden Schaumpfeifen, die aufsteigen und lustig übers Dollbord plätscherten.

Die junge Frau hatte sich neben dem Steuermann ans Rudergesicht. „Was haben wir für Glück“, juchzte sie, „was für ein guter Gedanke, mich auszusetzen.“ Der Mann nickte, über sein braunes langes Gesicht flog ein Lächeln.

„Weißt du, daß ich dich erst in Verdacht hatte, du würdest mir eine Rede halten oder du wolltest wegen meines Vaters mit mir zanken! Ich merkte wohl, wie du mich ansahst heut früh!“

Der Steuermann schüttelte den Kopf, er schien es vergessen zu haben. Aber die junge Frau hatte wohl noch den Wunsch, sich zu rechtfertigen, sie sprach ohne Aufhalten weiter.

„Sieh, er ist nun einmal ein alter Unverträglicher, und ich begreife nicht, warum du ihn nicht ziehen läßt, wo er doch selbst aus dem Hause will. Es geht nicht gut zwischen ihm und dir, das wirst du begreifen!“

Der Mann hatte das Steuer losgeworfen und die Schot losgehakt, er kam nicht dazu, zu antworten. Auch die Fock knatterte los. Die junge Frau hatte sich ein wenig erschrocken, jetzt glitt das Boot wieder schräg, die Bake in See nach draußen.

Sie schmeigte sich an ihn. „Erzähl mir etwas, Mann, eine ganz wilde Geschichte möchte ich hören.“

Es klang richtig nach Reugier jener vom Binnenland, der Steuermann sah lächelnd zu seiner Frau herab, schob die Röhre ein wenig zurück und tat, als dächte er nach.

„Eine ganz gruselige Geschichte möchte ich hören.“

Der Braune sah schräg über die Fock nach vorn und nickte mit dem Kopf zur hohen See hinüber.

„Da drüben trieben wir einmal, als Vater noch den kleinen Schoner hatte.“

„Ja, erzähl“, sagte sie, und klatschte in die Hände.

„Ein großer Holländer lag im Sinken auf einer der Bänke,“ begann der Steuermann nachdenklich und sah bei dem jungen Weib vorbei.

„Weißt du, wie so ein laides niedergehendes Schiff im Sturm aussieht? Kannst du dir vorstellen, wie es ist, wenn die große Rah schier zum Wasser überhängt und über dem Steven die weiße Gischt Schlag um Schlag aufsteigt und auf die Menschen niederbricht? Kannst du dir vorstellen, lüfte Frau, was es heißt, Kameraden in Not zu sehen, wenn der Himmel grau wie die Salzsee ist und unten nichts als jagende schäumende Wellen ist? Sieh, da ist sich Mensch zu Mensch so nahe, daß jeder des anderen Bruder scheint. Sieh, da versuchten wir es, mit dem Boot zum holländischen Braak hinüber zu halten. Wir kamen damals von Esbjerg. Ein dänischer Händler war mit an Bord. Er hatte ein Herz, der Mann, und kam mit ins Boot, als Vater und ich hinüber wollten.“

Aber wir trieben ab und immer wieder ab, mühten uns wohl eine halbe Stunde und sahen schließlich, wie von dem Schiff da drüben das Heck wegbrach, wie die Gischt darüber hinging und alles zu der grauen Weite wurde, die von unserer Ruffschale bis zum weißen Rand am Wall reichte.

Ich will nicht prahlen, lüfte Frau, aber wir hatten allerhand gewagt, und wie wir uns mit dem Boot so lange hatten gehalten können, weiß ich heut noch nicht recht.

Der Wind war inzwischen umgesprungen, er kam mehr von Norden herüber oder wohl noch ärger. In einer schlimmen Bö, die uns auf Mannswende in den Regen brachte, verloren wir unseren Schoner, der mit dem Bestmann und dem Jungen wegtrieb. So haben wir uns Gott verlassen auf dem Boot bis in die Dämmerung herumgetrieben, immer schaufelnd und rudern, bis das Blut aus den Fingern quoll.

Weißt du, was es heißt, keine Frau, rundum nichts als graue See zu wissen, mit jeder Dünung lämpfen und mit jedem Berg, der angerollt kommt und das Boot überschüttet, daß es nur mühsam wieder aufsteigt? Ein Glück war's für uns, daß die Luftstößen hielten, gut auch, daß wir zu Dritt waren. Der Däne ruderte wie ein alter Ruderklerk, das muß man ihm lassen.“

Der Steuermann wies mit dem Arm zur Scharhörnbake hinüber, die steifbeinig und dunkel über der glänzenden Wasserfläche stand.

„Sieh, eine Stunde haben wir uns wohl noch gehalten. Wir meinten oft, es müßte zu Ende gehen und haben doch jede Bö noch einmal angenommen, es sind das Stunden, wo man Kraft über seinen Leib hinaus hat.“

Vater sah am Ruder, ich sehe sein Gesicht unter dem Südwesten und werde mein Lebtag nicht vergessen, wie er gebückt uns beiden ins Weiße der Augen starrte, als zwänge er uns die letzte Kraft aus den Gliedern.

Siehst du die kleine Treppe, die von den Bakenkösten nach unten reicht? Sie hat schon manchen aufgenommen, sie hat aber selten Menschen aus solcher Not geholt wie uns. Gleich einem Wunder sahen wir sie vor uns, mitten im ärgsten, als eine Regenbö niederhing, die Himmel und Wasser in eins verwandelte.

Ja, da tauchte die dunkle Ecke der Bake vor uns auf, wir trieben grade darauf los. Und wie ein anderes Wunder ist es beinahe, daß wir mit unseren Fäusten, die nicht mehr zupacken konnten, die Treppe gewonnen haben.

Aber der Däne brach zusammen, als er die Tür aufreißen wollte, fast hätte er mich selbst mit hinuntergerissen. Ich hörte ihn noch von Stufe zu Stufe schwer ausschlagen und im grauen Schaum wegsinken.“

Der Steuermann sah wieder starr zur dunklen Bake hinüber, es war, als überließ ihn ein Zittern. „Sie haben drin ein paar Decken und Brot bereit gelegt für arme Schiffbrüchige, aber was hilft das in der Eiskälte der Bake, durch die der Wind wie durch leere Fenster pfeift. Als Vater und ich allein waren und ich mich hinwerfen wollte, schüttelte er mich und schlug mich tobnend, daß ich fast ohnmächtig wurde. Ich dachte, er sei wahnsinnig und ließ mich stöhnend von einer Ecke in die andere. Aber er war rasch wie ich und verfolgte mich und trieb mich unter Schlägen und Schreien wohl eine Stunde in den Kästen umher. Keinen Augenblick kam ich zur Ruhe, obgleich mir die Knie brechen wollten und ich meinte, gleich sei mein Letztes da.“

Sieh, ich weiß heute, daß ich die Sache nicht überstanden hätte, ein junger Kerl wie ich war. Ich weiß auch nicht, ob wir es noch lange ausgehalten hätten. Ein Zollruier, der von dem großen Holländer gehört hatte, streifte die See ab. Der holte uns von der Bake, die Leute wußten, daß kein Mensch die Nacht im Eiswasser überstanden hätte.“

Die Genfer Verhandlungen



Sind auf der lebenswürdigen Annahme der Kleinen aufgebaut, daß Chamberlain eine Zuckertüte in der Hand habe und daß diese Zuckertüte sogar gefüllt sei . . .!

Sie haben uns auch glücklich an Land gebracht und haben vermüht zu tun gehabt, daß der Alte sich nicht noch auf dem Ruder halbtot knietete und drückte und trommelte. Aber ich glaube, du weißt ja, um was es damals gegangen ist. Ich glaube, du weißt, daß ich jetzt nicht mit heißen Händen und klarem Kopf neben dir saße, wenn Vater nicht gewesen wäre.“

Die junge Frau schweig, sie nagte an den Lippen und sah etwas verzagt über die blaue glitzernde Sommersee.

„Ich wußte, daß du mit dergleichen kommen würdest,“ sagte sie böse, „du hast eine sonderbare Art, einem deine Meinung beizubringen.“

Der Steuermann strich über ihre Hand. „Begreift du, was das ist zwischen Vater und mir?“

Sie wollte aufbegehren, aber als ihr Blick nochmals zur dunklen Bake streifte, überließ sie ein Grauen, sie nickte und sah starr, mit großen Augen in die Segel hinein. „Ja, ich begreife es!“

Das Armenwesen im alten Berlin.

Auch als in anderen Bezirken Deutschlands die Versorgung der Armen schon etwas besser geregelt war, sah es damit in Berlin noch sehr schlecht aus. So viele Einwände gegen die kirchliche Armenpflege geltend gemacht werden können, so ist doch sicher, daß diese kirchliche Armenversorgung für die Armen immerhin besser war als die, die nach Annahme der Reformation in den protestantischen Gegenden aufkam. Auch in Berlin war nach dieser Richtung hin eine bedeutende Verschlechterung hervorgetreten. Wer sich etwas in alte Chroniken über Berlin vertieft, der wird bald finden, daß vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts der wichtigste Teil der „Armenfürsorge“ darin bestand, die Bettler von den Straßen zu vertreiben. Immer wieder wurden kurfürstliche Verordnungen bekannt gegeben, die den Straßen- und Hausbettel verboten. Dester mußten die Chronisten feststellen, daß die Bettler zu einem Tore hinausgetrieben worden sind, daß sie jedoch zu einem anderen Tore logisch wieder hereinkamen.

Dann erhielten die in Berlin heimischen Bettler eine Art Privilegium. Man händigte ihnen Marken aus, die sie auf ihren Bettelgängen zu tragen hatten. Aber auch dies scheint nicht viel genügt zu haben; denn immer wieder erschienen neue „Bettlerordnungen“, immer von neuem wurde die Zahl der Bettelplätze vergrößert. Schließlich ging man dazu über, nicht nur das Betteln, sondern auch das Schenken zu verbieten. Jeder, der einem Bettler etwas gab, sollte mit einer Geldbuße von zehn Talern bestraft werden. Nun nahm zwar das Betteln ab, aber es mehren sich die Eigentumsvergehen, denn die Leute, die auf den Bettel angewiesen waren, wollten noch wie vor leben. Dabei mag gleich erwähnt werden, daß die Zahl der Armen und Bettler vom 16. Jahrhundert an in Berlin stets verhältnismäßig sehr groß war. Das stand im Zusammenhang mit der eigenartigen Bevölkerungspolitik der Hohenzollern. Diese Bevölkerungspolitik ging darauf hinaus, möglichst viele Leute ins Land zu ziehen. Dabei geschah die Heranziehung der Fremden oft in einer sehr unüberlegten Weise, und so kamen auch brüchige Existenzen nach Berlin, Leute, die schon vorher Schiffbruch gelitten hatten oder solche, die für den Lebenskampf in den neuen Verhältnissen nicht gestählt waren. Weiter waren unter den Armen Berlins

auch viele alte Soldaten. Soweit am Anfang des 16. Jahrhunderts in Berlin überhaupt von einer Armenversorgung gesprochen werden konnte, scheint sie darin bestanden zu haben, daß man an den Sonntagen und Feiertagen in den Kirchen für die Armen sammelte. Wahrscheinlich wurden die auf diese Art eingekommenen Gelder von den Geistlichen verteilt.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts wurden dann in Berlin zwei Armenhäuser erwähnt, das eine hieß St. Georg, das andere St. Jerusalem. Die Chronik berichtet, daß diese beiden Armenhäuser vom Kurfürsten zuweilen mit Geld und auch durch Lieferung von Brennholz unterstützt worden sind. Wieviele Arme in diesen Häusern untergebracht waren, wie die Verpflegung usw. war, ist nicht bekannt. Gewiß erscheint nur, daß in diesen Armenanstalten nur ein kleiner Teil der Bedürftigen versorgt werden konnte, denn Klagen über das Bettelwesen wurden immer wieder laut. Beinahe als eine soziale Tat wurde es denn gefeiert, als im Jahre 1685 eine Verordnung herauskam, die jede Woche eine Almosenabgabe von Hans zu Haus gestattete, und daß an jedem ersten Sonntag im Monat vor dem Dom, vor der Nikolai-, Petri- und Marienkirche Sammelbüchsen für die Armen aufgestellt werden durften. Aus dem Jahre 1697 wird abermals von einer Umänderung der „Bettlerordnung“ berichtet. In diesem Jahre wurde auch beschlossen, ein neues Armenhaus einzurichten und zwar vor dem Stralauer Tor. Fünf Jahre später kam für Berlin die Spielartensteuer auf, deren Erträge nur den Armen zugute kommen sollte. Sei es nun, daß sie zu wenig einbrachte, sei es, daß die Spielartensteuern vom Hof verbraucht wurden, jedenfalls muß der Chronist berichten, daß die Armen von diesem Geld nicht das geringste erhalten hatten.

Aus dem Jahre 1715 ist eine Aufstellung derer enthaltend, die aus den eingesammelten Geldern Unterstützungen erhielten. Dabei werden aufgeführt: Abgebrannte, Verlebene, abgedankte Soldaten, Armenhausinsassen, Kranke, Verwundete, Hausarme, Alte, Gassenbettel, Findlinge, acht Gassenmeister, vier Wartefrauen im Hospital und Waisenkinder. Ganz besonders groß wurde das Elend in Berlin um die Mitte des 18. Jahrhunderts. In einem auf die Nachwelt gekommenen Brief eines Predigers Fuhrmann vom März 1741 hieß es: „Auf unserer Friedrichsstadt ist ungemeine Armut, denn da die Wall-Arbeit fast siegt, so versehen viele hundert ihre Kleider nach und nach und zehren dann davon, bis sie ganz nackend sind, daß sie weder in die Kirche noch sonst wohin gehen können.“ In dem Briefe wird weiter berichtet, daß Kinder vor Hunger ihren „eigenen Riß“ ausgehessen haben und daß schon verschleierte Leute buchstäblich vor Hunger gestorben sind. Der Geheimrat von Piper, der das Armenwesen unter sich hatte und an den das Schreiben gerichtet war, dekretierte darauf, daß den Hungernden aus dem Irrenhause etwas Essen gegeben werden solle und daß sie auch „eifliche Grobchen“ erhielten. Unter diesen Verhältnissen war es kein Wunder, daß wiederum über eine starke Zunahme der Bettelerei geklagt wurde.

Bis zum Jahre 1758 hatte am „Rondell“, wie damals der Belle-Alliance-Platz hieß, ein dem Schlächtergewerbe gehörendes Haus gestanden, in dem vom Staat „Arme, Bettler und Laugenische“ untergebracht waren. Jetzt wurde auf dem Gergierplatz vor dem Königstor ein größeres Haus gebaut, in dem die „Armen und Laugenische“ in einer viel größeren Zahl eingesperrt werden konnten. Da das Schlächtergewerbe am „Rondell“ über der Haustüre einen Ochsenkopf trug, hieß auch das neue Gebäude der Ochsenkopf, und diese Bezeichnung hat sich dann später auch auf das Arbeitshaus in Rummelsburg übertragen. Die größte Not in Berlin entstand jedoch erst aus den Folgen des siebenjährigen Krieges. Fast alle Gewerke lagen still, und in Berlin mußten im Jahre 1771 3000 Personen unterstützt werden. Nun war mit den Sammelbüchsen und mit gelegentlichen Zuwendungen für die Armen nicht mehr auszukommen. Berlin mußte eine Anleihe von 60 000 Talern aufnehmen, um wenigstens die größte Not lindern zu können. Noch so manches andere Beispiel ließe sich anführen, das beweist, wie schlecht es im alten Berlin mit der Armenpflege bestellt war. Solche Feststellungen findet man freilich nicht bei Leuten, die die „soziale Befinnung“ der Hohenzollern stets über den grünen Klee loben. A. M.

Spelerpes fuscus.

Von Willi Ben.

Das Land mit den zwei großen W, die man zusammensetzend Mussolini-Maffaroni aussprechen kann (was nicht eine neue Wallaronsorte, sondern eine empfehlenswerte Sprachübung ist), hat eine faunistische Eigentümlichkeit, die es nur noch mit dem Lande des Jazs und der Wallenstager teilt. Wenn man diese „faunistische Eigentümlichkeit“ so vor sich auf dem Tisch liegen hat, sieht man allerdings das nicht gleich.

Es ist mit dem Tier hier tatsächlich die Geschichte so, wie es der wahrscheinlich unsterbliche Physiologieprofessorwitz behauptet: „Wie Sie sehen, sehen Sie nichts. Warum Sie nicht sehen, werden Sie gleich sehen!“

Zum Weßeren des Tieres ist ja nun zu bemerken, daß es durchaus nicht als etwas Besonderes erscheint. Ein Salamander von der Größe und Gestalt unseres Feuerfalsamanders, nur nicht so groß gefärbt wie dieser, sondern braun mit gelb. Dieser Salamander, Spelerpes fuscus geheiß, ist mir ein ganz isolierter Vorposten seiner Sorte, die sonst ausnahmslos in der neuen Welt heimisch ist. Sie sind dort formenreich genug: Welche, die auf Bäume klettern, welche, die lange Zähne haben, andere mit Greifschwanz, welche, die springen wie Frösche, und sogar eine Art — sie gehört allerdings nur im weitesten Sinne noch dazu —, die wie der Dim in unterirdischen Höhlen lebt. Unser nach Mussolini verprengtes Mitglied der edlen Gesellschaft ist ein von allen derartigen Extravaganzen freier, friedlicher Erdbewohner, der in mächtig dunklen Klüften auf keine Storpione jagt und sich sonst genau wie jeder andere benimmt.

Doch hat das Tier einen wertvollen Kern, der nun aber zweifelt an den jüdischen Professorenausspruch gemahnt. Als man ihn nämlich in edlen Wissensdrange zergliederte, kam zum Vorschein, daß er keine Lunge hatte! Das will ja nun nicht so sehr wunders heissen; es gibt welche, die ihr Leben lang ohne Lunge auskommen, sie leben eben im Wasser und atmen durch Kiemen. Aber Kiemen haben die Spelerpes-Kitter auch nicht — ebensowenig, wie sie Wasseratmer sind.

Schließlich war das Kunststück auch hier nur ein Columbus-Ei. Spelerpes hat einfach die Atmung in die Rundhöhle und weiterhin auf die gesamte Rückenhand verlegt. (Alle Arten!)

Es ist, als wenn die Natur zeigen wollte, daß der große Atmungsreformator auch an andere Stellen als Kiemen oder Lungen angeschaltet werden kann. Es gibt allerlei besonders vorzügliche Schaltungen mit mehrfacher Sicherung. Bei einigen anderen Tieren, die noch eine Lunge besitzen, atmet die Rückenhand schon mit, manche fische haben Kiemen und Lungen, andere atmen mit Kiemen und Schwanzflossen. Und Meerreptile haben noch ein anderes Mittel. Die Meerreptile (See Schildkröten und einige Duhend mittelgroßer Stachelhäuter) sind als Reptile natürlich zum Auftauchen und Luftschlucken genötigt. Ihre Beute sind jedoch Fische, also ist ein möglichst langes Tauchergnügen erwünscht. Kiemen, die das ermöglichen, haben sie allerdings nicht wieder bekommen. Aber auch sie atmen aus dem Wasser wie Kiementiere, und zwar mit der präz durchbluteten Rundhöhle. So kann man das Weßmerk bis zu 20 Stunden betreiben oder sich auch in der Zeit auf dem Meeresgrunde gemütlich in aller Ruhe — ausschalen.

Eine Methode, die für den Großstädter zweifellos etwas Berlockendes haben dürfte, — nur, daß sie leider undurchführbar ist.

Billige Lebensmittel

Nur
LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDERPLATZ
FRANKFURTER ALLEE

Mengenabgabe vorbehalten

Wurstwaren

- Hofwurst Pfund 70⁰⁰
- Beil. Mettwurst Pfund 1⁰⁰
- Speckwurst Pfund 1⁰⁰
- Hausm. Leberw. Pfund 1⁰⁰
- Jagdwurst Pfund 1²⁰
- Knoblauchwurst Pfund 1²⁰
- Mettwurst Brandenb. 4³⁰
- Silbesheimer Pfund 1³⁰
- ff. Leberwurst Pfund 1⁰⁰
- Hofst. Serwelatw. Pfund 1⁷⁰
- Hofst. Salamiw. Pfund 1⁷⁰
- Zeewurst Pfund 1⁶⁰

Schinkenwurst .. Pfund 1,80

Colonialwaren Obst + Gemüse

- Auszugmehl P. 20, 22, 26 Pf.
- Kartoffelmehl .. Pfund 25 Pf.
- Maispuder Pfund 26 Pf.
- Mandeln stam. Pfund 2²⁰
- Kalif. Sultaninen Pf. 58 Pf.
- Rosinen Pfund 58 Pf.
- Korinthen Pfund 55 Pf.
- Mandelio Pfund 58 Pf.
- Weiss- u. Rotkohl Pf. 8 Pf.
- Salat Kopf 10 u. 20 Pf.
- Möhren gewasch. Pfund 5 Pf.
- Blumenkohl Kopf v. 10 Pf. an
- Amer. Aepfel. Pfund 30 Pf.
- Apfelsinen 4 Pfund 90 Pf.
- Zitronen Dutzend 40 Pf.
- Ananas Pfund 90 Pf.

- Badobit kalif. 8 Fr., Pf. 45 Pf.
- Kalif. Birnen Pfund 65 Pf.
- Kalif. Ringäpfel Pf. 65 Pf.
- Kalif. Birne Pf. 90 Pf.
- Kalif. Apfelsinen Pfund 1³⁰
- Waffeln Pf. 30, 35 Pf.

Besonders preiswerte Obstweine!

- Frankfurter Apfelwein Hoffmann Export 55 Pf. 5⁰⁰
- Vorzüglicher Johannisbeerwein 95 Pf. 9⁰⁰
- Heidelbeerwein stam. 95 Pf. 9⁰⁰
- Cider auser Apfelwein 95 Pf. 9⁰⁰
- Erdbeerwein hervorragende Qualität 1²⁵ 12⁰⁰

Frisches Fleisch

- Berliner Schlachthausware
- Pa. Schweinekamm a. Schult. a. 1¹⁰
 - Pa. Schweinekotelett Pfund 1²⁰
 - Pa. Schw.-Schulterblatt Pf. 94 Pf.
 - Pa. Schweinebauch o. Ballege Pfund 88 Pf.
 - Pa. Kasseler Kamm. Speer Pf. 1⁰
 - Pa. Schweinelesen Pfund 76 Pf.
 - Pa. Rücken fett bratfertig Pf. 85 Pf.
 - Elsbein leicht gepökelt, mit Spitzbain Pfund 65 Pf.
 - Hammelfleisch Pfund 98 Pf.
 - Schmortfleisch Kauls, ohne Knochen Pfund 1¹⁴
 - Rouladen Pfund 1²⁰
 - Suppentfleisch Pfund 74 Pf.
 - Gulasch gew. ch. Kad. Kalb. Schw. Pfund 88 Pf.
 - Schabefleisch (Tatar) Pfund 1¹⁰
 - Kalbshamm ohne Ballege Pf. 76 Pf.
 - Kalbsnierenbraten o. Ballege Pf. 82 Pf.
 - Kalbskeulen bis 9 Pfund Pf. 92 Pf.
 - Selbstausgelass. Talg Pf. 54 Pf.

Gefrierfleisch

- Pa. Ochsen-Schmorfl. a. K. Pf. 88 Pf.
- Pa. Ochsen-Rostbratfl. a. K. Pf. 78 Pf.
- Pa. Ochsen-Brust Pfund 56 Pf.
- Pa. Ochsen-Suppenfl. Pf. 50 Pf.
- Pa. Ochsen-Gulasch a. K. Pf. 76 Pf.
- Pa. Kuhher Pfund 25 Pf.
- Pa. Schwein-Köpfe a. Fett a. Pf. 48 Pf.
- Gehacktes Pfund 74 Pf.

Fette

- Margarine Pfund 55, 62 Pf.
- Rinderfett 1. Pf. 55 Pf.
- Kokosfett 1. Pf. 60 Pf.
- Molkereibutter Pfund 1⁰⁰
- Dän. Tafelbutter Pfund 2¹⁸
- Aprikos. Kimer ca. 2 Pf. 1⁴⁸
- Pflaumenmus Kimer ca. 2 Pf. 1⁰⁸

Suppenhühner

gew. Pfund 1¹⁰

Gänse gew. Pfund 68 Pf.

Käse

- Camembert. Sch. 25 Pf.
- Kümmelkäse Pfund 55 Pf.
- Allg. Stangenk. Pf. 68 Pf.
- Romalour Pfund 26 Pf.
- Steinbuscher w. Pf. 95 Pf.
- Harzerkäse 1. Pf. 1¹⁸
- Edamer Pfund 78 Pf.

In allen unseren Häusern

- Schmelzbrot Pfund 1⁵⁰
- Num-Bomben Pfund 1¹⁰
- Haushaltstet Pfund 90 Pf.
- Schokolade Vollmilch u. Vollmilch-Nuss 1.0 g. Tafel. 40 Pf.

Zur **Rheinpfälzer Weißwein** vom Fass, 1 Liter 1⁵⁰ 7⁰⁰

Fische u. Räucherwaren

- Dorsch im Ganz, Pfund 8 Pf.
- Bratshollen Pfund 10 Pf.
- Rablau im Ganz, Pf. 16 Pf.
- Seelachs kopf. ganze Pf. 16 Pf.
- Kotbars kopf. ganze Pf. 18 Pf.
- Leb. Spiegelfarfen Pf. 1¹⁰
- Leb. Hechte Pfund 1⁰
- Hamburger-Dillinge Pf. 20 Pf.
- Grass Flundern Pf. 40 Pf.
- Seelachs Pfund 40 Pf.
- Goldbars Pfund 40 Pf.
- Fleckerlinge Pfund 45 Pf.

Fetter Speck ausländischer, Pfund 1,10

Obst und Gemüselieferanten

- Kaiserschoten 1⁰⁵
- Junge Erbsen sehr fein 1⁶⁰
- Junge Erbsen fein 1²⁵
- Junge Erbsen mittel 84 Pf.
- Junge Erbsen 70 Pf.
- Gemüse-Erbsen 62 Pf.
- Gem. Gemüse fein 1⁴⁴
- Gem. Gemüse mittel 1⁰⁵
- Leipziger Allerlei 85 Pf.
- Jung. Erbsen fein, mit Karot. 1²⁵
- Jung. Erbsen n. gew. Kar. 70 Pf.
- Junge Karollen gew. 40 Pf.
- Junger Spinat 46 Pf.
- Junger Kohlrabi 46 Pf.
- Sellerie 95 Pf.
- Jg. Schnitt- u. Brechb. 58 Pf.

- Ananas 1⁶⁰
- Birnen 1/2 Fr., 1/2 Dose 78 Pf.
- Brausebier 1/2 Dose 98 Pf.
- Heinelauden 1/2 Dose 1¹⁵
- Heidelbeeren 1/2 Dose 85 Pf.
- Waldkirschen n. N., 1/2 Dose 1³⁵

Besonders preiswerte Sischweine!

- 1925er Oberhaardter Maikammerer 1²⁵ 12⁰⁰
- 1924er Bayerfelder Schlossberg 1⁴⁰ 13⁵⁰
- 1924er Dürkh. Feuerberg vorzügl. Rotwein 1⁴⁰ 13⁵⁰
- Sonnengartner spanischer roter Dessertwein ... 1⁷⁵ 16⁰⁰
- 1922er Nackenheimer Fenchelberg 2⁰⁰ 24⁰⁰

SPD. Wilmersdorf, 70. Abt.
Am 8 März 1927 verschied nach
schwerem Leiden unser Genosse
Auguste Neubert
im 51. Lebensjahre.
In trübsamer Trauer befragen wir
den lieben Verstorbenen, der nicht nur
unsere Abteilung, sondern die Partei
betrafen. Unermüdeten Fleiß und
unwandelndes festes Verhältniss
brachte die Bestrebungen in höchstem
Maße auf. Ihr Gedächtnis wird
dauernd in uns bleiben.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend nachmittags 4 1/2 Uhr im Re-
storatorium Wilmersdorf statt.

Taufgung
Heimgeliebter von der Verlobung
meines lieben Mannes, sage allen Teil-
nehmern, insbesondere den Angehörigen
des "Borndorfs" sowie der "Topo-
graphia", herzlichsten Dank.
Elisabeth Helmstedt.

Dankgung
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Einäscherung
meines lieben Mannes und Saters
Richard Hildebrandt
sagen wir allen Freunden und Be-
kanten, besonders dem Sprecher
Herrn Zeng, den Kollegen der
Firma Richter & Scherz, sowie
dem Hülfschor Süd-Ost unseren
herzlichsten Dank.
Kleginger Str. 41
Anna Hildebrandt und Tochter

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten gleich in
Kar. 650 tr. Eisenmöbelabrik Suhl, Thür.

**Unser Pflanzen-Verkauf
hat begonnen**
L. Späth
Großbetrieb für Garten-
kultur
Bin. - Baumschulenweg
Verkaufsstellen:
Südost: Berlin - Baumschulenweg;
Westen: Linkstraße 8;
Norden: Kiosk am Stettiner Vor-
ortbahnhof; Zentrum: Stadtbahn-
bogen Alexanderplatz, Dircksenstr.
Samenabteilung:
Schöneberg, am Bahnhof General-
Pape-Straße.
Sonntagsverkauf 8 - 10 Uhr vormittags

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ
das heißt
das heißt
das heißt

Gewinn-Auszug
5. Klasse 28. Preussisch-Schlesische (254. Preuss.) Klassenlotterie
25. Ziehungstag 9. März 1927, nachmittags

Wer jede einzelne Nummer hat und zwei oder drei hohe Ge-
winne gefallt, und zwar je einer auf die erste gleiche
Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr Nachdruck verboten
Es wurden Gewinne über 130 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 10000 Mkr. 165578	122064	160318	180217	108153
2 Gewinne zu je 5000 Mkr. 343393				
16 Gewinne zu je 2000 Mkr. 67821				
225348	240268	323048		
32 Gewinne zu je 1000 Mkr. 9437	30880	45510	73164	88139
127738	153931	172037	201067	210257
224236	264016	337123		
343860	344137			
74 Gewinne zu je 500 Mkr. 8901	26133	27461	28371	33109
38748	89470	48949	63091	63102
74597	89386	104280	111179	112880
118393	131343	137602	138805	156049
163790	189612	196933		
204866	233714	245982	262794	281366
290900	297980	3063416		
307633	306375	324404	327646	333898
340256				
198 Gewinne zu je 300 Mkr. 4182	6322	10480	10939	13063
15882	23708	27120	36297	44478
40120	50911	54188	55336	58199
63103	65280	70436	80240	81746
84021	87437	87880	92294	104144
106422	106886	113864	119578	120043
130419	150373	154140	164788	
165864	166991	167506	168182	171476
174075	179161	179745		
180699	180609	187687	198570	202786
203811	206028	209674		
212398	212879	215989	222021	229201
229650	229624	227798	228070	228391
232550	233453	236258	236013	
244881	244848	248220	250736	252392
262463	262463	268502	268369	268620
281131	294925	298207	305997	308024
310648	310899	319356	326872	
328613	328067	331254	336196	342311
342050	342725	344672		

28. Ziehungstag 10. März 1927, vormittags
Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 10000 Mkr. 153338	1507	5147	10112	24441	67798	61974
2 Gewinne zu je 5000 Mkr. 210538	328444					
4 Gewinne zu je 3000 Mkr. 114306	122028					
4 Gewinne zu je 2000 Mkr. 106241	210826					
16 Gewinne zu je 1000 Mkr. 23922	73110	70613	138701	231677		
236256	247135	341342				
78 Gewinne zu je 500 Mkr. 1507	5147	10112	24441	67798	61974	
77271	80026	80053	93055	94140	95587	106469
111340	112228	158280	186307	144395	158403	158632
167474	182297	205281				
305695	314147	218707	226214	229912	261649	267510
264374	301271	305896	311035	314377	314817	324805
335444	341019					
128 Gewinne zu je 300 Mkr. 84	152	7649	8227	10753	16258	21013
25482	25482	27705	47974	58602	62975	67701
63368	69443	70999	77589	103477	120948	129428
150511	151863	160513	167659			
171622	174856	177275	179929	186078	189218	197667
198209	198761	199424	203148	212807	214403	217516
217798	218034	227787	234493	254012	261085	268086
273186	276023	279028	284586	289185	290513	297096
318037	322224	322902				
326890	329960	331882	336795	340505	341508	348648

Stern-Engel-Tea
Giftfrei, D.R. Patent, gek. gesch. bewährtes
tiarnsäurezersetzendes und Ausschei-
demittel.
Aerztlich erprobt und empfohlen!
Auf die der Krankheit entsprechende
Mischung wird besonders auf-
merksam gemacht.
Zu haben in den meisten Apotheken.
Direkte Bezugsverhältnisse u. Beweis-
material durch Sternengel-Tea-Größ-
vertrieb, Bad Schandau-Elbe.

Verkäufe
Koch-Erbsen, selbst Rindfleisch,
Käse, Butter, Eier, etc.
Koch-Erbsen, selbst Rindfleisch,
Käse, Butter, Eier, etc.
Koch-Erbsen, selbst Rindfleisch,
Käse, Butter, Eier, etc.

Möbel
Patentmattressen, Auflegemattressen, Mo-
tallbetten, Chaiselongues, Sessel, Stuhl-
garnituren, etc.
Küchenschrank, Schlafkammer, Speis-
kammer, etc.
Küchenschrank, Schlafkammer, Speis-
kammer, etc.

Wo?
kleide ich mich
gut und billig
bei bequemster
Teilzahlung?
Nur in der
Maßschneiderei
für elegante
Herren- u. Damen-Kleidung
fertig und nach Maß.
J. Kurzberg
Oraniensstraße 160, I.
Chausseestraße 1
Eingang Eisener Straße, I.

**Bemühen Sie sich
nicht im Züaten!**
Ich habe ja alles in mir, was für
6 Teller gute, nahrhafte Suppe not-
wendig ist. Nur kalt anrühren und
20 Min. kochen lassen und schon
bin ich fertig. Sie sparen Arbeit,
Zeit und Kohlen.
Knorr
Erbsenwurst
und andere Suppen in Wurstform,
wie Blumenkohl, Reis mit Tomaten, Grünkern usw.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene, frische, neue,
Kleidungsstücke, Wäsche, etc.
Wenig getragene, frische, neue,
Kleidungsstücke, Wäsche, etc.

Musikinstrumente
Pianos, Überbaus, etc.
Pianos, Überbaus, etc.
Fahrräder
Zehnrad, etc.
Zehnrad, etc.
Kaufgesuche
Kaufgesuche, etc.
Kaufgesuche, etc.
Unterricht
Unterricht, etc.
Unterricht, etc.